

Bildungskonferenzen zum Bildungsentwicklungsplan der Stadt Mülheim an der Ruhr 2015/16

*Ergebnisdokumentation der Bildungskonferenzen in Stadtmitte (6. Juni),
Broich/Speldorf/Saarn (8. Juni), Heißen (9. Juni), Dümpten (14. Juni)
und Styrum (15. Juni)*



IMPRESSUM

Veranstalter

Amt für Kinder, Jugend und Schule
Stadt Mülheim an der Ruhr
Schloßstraße 22
45468 Mülheim an der Ruhr
www.muelheim-ruhr.de

Fotos und Dokumentation

steg NRW GmbH
Frank Schulz
Mallinckrodtstraße 320
44145 Dortmund
Tel. 0231-4777 88 10
frank.schulz@steg-nrw.de
www.steg-nrw.de

steg NRW mbH
Anna Schwengers
Mallinckrodtstraße 320
44145 Dortmund
Tel. 0231-4777 88 10
anna.schwengers@steg-nrw.de
www.steg-nrw.de

Konferenzorte

1. Aula der Realschule Stadtmitte (Oberstraße 92-94; 45468 Mülheim an der Ruhr)
2. Aula des Schulzentrum Broich (Holzstraße 80, 45479 Mülheim an der Ruhr)
3. Stadtteilbücherei Gymnasium Heißen (Kleiststraße 50, 45472 Mülheim an der Ruhr)
4. Mensa der Gustav-Heinemann-Schule (Boverstraße 150, 45473 Mülheim an der Ruhr)
5. Mensa der Willy-Brandt-Schule (Oberhausener Straße 208, 45476 Mülheim an der Ruhr)



INHALT

A. Hintergründe und Ziele der Bildungskonferenzen	4
B. Erste Bildungskonferenz im Teilraum Stadtmitte (6. Juni 2011)	12
C. Zweite Bildungskonferenz im Teilraum Broich/Speldorf/Saarn (8. Juni 2011)	24
D. Dritte Bildungskonferenz im Teilraum Heißen (9. Juni 2011)	38
E. Vierte Bildungskonferenz im Teilraum Dümpten (14. Juni 2011).....	48
F. Fünfte Bildungskonferenz im Teilraum Styrum (16. Juni 2011).....	60
G. Ausblick und weiteres Vorgehen.....	73

A. Hintergründe und Ziele der Bildungskonferenzen

Bis zu den Sommerferien 2011 soll der Bildungsentwicklungsplan der Stadt Mülheim an der Ruhr verabschiedet werden. Der nun zur Diskussion stehende **Entwurf des Bildungsentwicklungsplanes** wurde am 23.05.2011 in den Bildungsausschuss eingebracht. Die offiziellen Stellungnahmen der Schulkonferenzen und der an der Planung beteiligten Institutionen, Organisationen und Verbände werden im Rahmen der politischen Beratungen im Rat der Stadt einfließen.

Parallel zum förmlichen Verfahren bot die Stadt Mülheim an der Ruhr zwischen dem 6. und 15. Juni 2011 in den verschiedenen Teilräumen der Stadt Bildungskonferenzen als Informationsveranstaltungen an, in deren Rahmen zusätzliche Anregungen und Hinweise geäußert werden konnten. Diese Anregungen fließen ebenfalls in den weiteren Konsultationsprozess der Politik ein und werden im endgültigen Bildungsentwicklungsplan berücksichtigt. Die Beteiligungsveranstaltungen zeigen somit Argumentationslinien von Betroffenen auf, die für weitere Entscheidungen sehr wichtig sind. Die Dokumentation der Bildungskonferenzen wird durch die steg NRW als neutraler, externer Gutachter sichergestellt.

Bis zum 17. Juni 2011 konnten schriftliche Stellungnahmen zum Bildungsentwicklungsplan bei der Stadtverwaltung eingereicht werden. Nach Beratung des Verwaltungsentwurfs und der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen durch den Bildungsausschuss, die Bezirksvertretungen, den Integrationsrat und den Jugendstadtrat ist beabsichtigt, den Bildungsentwicklungsplan am 21. Juli 2011 dem Rat zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Die von 19:00 – ca. 21:00 Uhr geplanten Bildungskonferenzen durchliefen jeweils den gleichen organisatorischen Aufbau. Im Mittelpunkt der Informationsveranstaltungen standen rund 1,5 Stunden für Anregungen und Diskussionen aus dem Plenum. Eine halbstündige Präsentation zu Beginn informierte über grundsätzliche Inhalte und Gedanken des Bildungsentwicklungsplans und die jeweiligen Besonderheiten der Teilräume. Die grundsätzlichen Inhalte der Präsentation, die durch **Peter Vermeulen** als Beigeordneten der Stadt Mülheim an der Ruhr vorgestellt wurden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Grundsätzlich muss beachtet werden, dass bestimmte Inhalte von Schule im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung liegen und die Kommune dann auf Veränderungen reagieren muss, ohne diese beeinflussen zu können. Dazu zählen die Finanzierung der Lehrkräfte oder die Bestimmungen der Curricula. Gleichzeitig verweist Herr **Vermeulen** darauf, dass Bildung nicht nur in der Schule, sondern auch in vielen anderen Bereichen stattfindet (z.B. in Vereinen, in der Jugendarbeit, vor allem aber in den Familien). Schule und Bildung ist ein vernetztes und vielfältiges Thema, bei dem die Stadt nur einen Teil der Rahmenbedingungen beeinflussen und optimieren kann. Der **Bildungsentwicklungsplan** ist notwendig, da es einen gesetzlichen Auftrag zu seiner Erstellung gibt. Des Weiteren erfor-

den die gesellschaftlichen Veränderungen ein Planwerk, mit dem verlässliche Annahmen zu zukünftigen Entwicklungen im Schulbereich getroffen werden können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen des Bildungsentwicklungsplans werden nicht unmittelbar und parallel umgesetzt, sondern nach und nach. Der konkrete Planungszeitraum beträgt fünf Jahre. Nach Beschluss des Bildungsentwicklungsplans durch die Politik wird eine Investitionsreihenfolge zur sukzessiven Abarbeitung der geplanten Maßnahmen erstellt.

DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG DER STADT MÜLHEIM AN DER RUHR

Neben den Restriktionen des Haushaltes der Stadt stellt auch die demographische Entwicklung neue Anforderungen an Bildung und die Weiterentwicklung dieser Aufgabe. Durch die angespannte Lage der kommunalen Finanzen und die seit den 1990er Jahren anhaltende Abnahme der Bevölkerung haben sich auch die Rahmenbedingungen für Bildung verändert.

Das Absinken der Bevölkerungszahlen ist vor allem bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen zu spüren. Dies hat konkrete Auswirkungen auf die Schülerzahlen im Stadtgebiet. Der Rückgang der Schülerzahlen ist jedoch nicht in allen Altersgruppen und Stadtteilen gleich hoch. Der unterschiedliche Bevölkerungsrückgang in den einzelnen Stadtteilen hat Auswirkungen darauf, wie Bildung stattfindet. Grundsätzlich lassen sich folgende Entwicklungen zusammenfassen:

Die Zahl der **grundschulrelevanten** 6- bis unter 10-jährigen geht seit 1998 kontinuierlich zurück. Ende 2010 sind nur noch 5.613 Mülheimer Kinder in diesem Alter. Die Besetzung der Altersgruppe wird in den nächsten drei Jahren noch auf ca. 5.400 Kinder sinken, um dann bis 2022 auf diesem Niveau zu stagnieren. Das bedeutet, dass sich vor allem im Grundschulbereich in den nächsten Jahren Veränderungen ergeben müssen. Diese Veränderungen werden dann in den darauffolgenden Jahren die weiterführenden Schulen erfassen. Die Abnahme gestaltet sich in Zukunft jedoch insgesamt gleichbleibender, so dass die Planbarkeit dieser Entwicklungen gewährleistet ist. Auch für die Geburtenzahlen wird angenommen, dass sie auf dem jetzigen Niveau verbleiben (siehe nachfolgende Abbildung).

**Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 20 Jahren in den
Teilräumen der Stadt Mülheim an der Ruhr von 1995 bis 2010, Prognose bis 2025**

im Alter von ... bis unter ... Jahren	Teilraum						Mülheim insgesamt
	Stadtmitte	Styrum	Dümpten	Heißen	Saarn	Broich/ Speldorf	
0 - 6							
1995	2 358	1 220	2 074	1 294	1 242	1 828	10 016
2000	2 354	927	1 860	1 008	1 294	1 584	9 027
2005	2 177	899	1 593	916	1 212	1 317	8 114
2010	2 196	867	1 387	917	1 094	1 298	7 759
2015	2 235	834	1 477	928	1 000	1 282	7 755
2020	2 243	815	1 489	927	966	1 258	7 698
2025	2 199	790	1 449	905	942	1 228	7 514
6 - 10							
1995	1 542	849	1 385	886	870	1 189	6 721
2000	1 583	738	1 372	899	879	1 105	6 576
2005	1 480	642	1 172	755	974	1 088	6 111
2010	1 462	603	1 076	698	865	909	5 613
2015	1 496	536	1 005	701	741	877	5 356
2020	1 508	552	1 013	706	757	890	5 426
2025	1 502	577	984	698	813	893	5 467
10 - 16							
1995	2 151	1 066	1 839	1 215	1 246	1 674	9 191
2000	2 419	1 145	2 041	1 377	1 369	1 779	10 130
2005	2 394	1 084	2 104	1 398	1 368	1 747	10 095
2010	2 300	963	1 760	1 208	1 434	1 567	9 232
2015	2 238	906	1 617	1 120	1 287	1 428	8 596
2020	2 220	858	1 525	1 113	1 210	1 416	8 343
2025	2 224	838	1 562	1 122	1 150	1 399	8 293
16 - 20							
1995	1 411	713	1 205	770	716	1 046	5 861
2000	1 486	685	1 258	838	816	1 099	6 182
2005	1 639	798	1 348	926	956	1 197	6 864
2010	1 645	722	1 424	934	875	1 158	6 758
2015	1 566	677	1 229	818	893	1 102	6 285
2020	1 514	640	1 171	766	805	993	5 889
2025	1 508	620	1 113	759	769	975	5 744
Gesamt							
1995	7 462	3 848	6 503	4 165	4 074	5 737	31 789
2000	7 842	3 495	6 531	4 122	4 358	5 567	31 915
2005	7 690	3 423	6 217	3 995	4 510	5 349	31 184
2010	7 603	3 155	5 647	3 757	4 268	4 932	29 362
2015	7 535	2 952	5 328	3 566	3 921	4 690	27 992
2020	7 485	2 865	5 198	3 513	3 738	4 558	27 356
2025	7 432	2 825	5 107	3 484	3 674	4 494	27 018

Bis 2010 Melderegisterauswertungen, danach Ergebnisse der Bevölkerungsprognose bis 2025

INKLUSION ALS NEUE AUFGABE

Zusätzlich zu den demographischen und wirtschaftlichen Ausgangslagen wirkt sich auch ein neues politisches Leitbild auf die Gestaltung von Schule aus, das sich aus der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention der UN durch die Bundesregierung ergibt. Der Leitbildwechsel findet dabei vom „Integrationsprinzip“ zum „**Inklusionsauftrag**“ statt. Damit wird das alte Leitbild in Deutschland abgelöst, nach dem behinderte Kinder eine individuelle Förderung getrennt von nichtbehinderten Kindern erhalten sollten (Leitbild der Integration). Das neue Leitbild der Inklusion sieht vor, dass es in Zukunft keine Trennung mehr geben soll. In vielen anderen europäischen Ländern gehört diese Vorgehensweise zum Standard und hat sich dort bewährt.

In Deutschland beginnt dieser Wandel jetzt. Die Schulen müssen dafür umgebaut und neu ausgestattet werden, damit ein Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Kindern ermöglicht wird. Es handelt sich dabei um eine langfristige Aufgabe, die den Fokus auf das soziale Miteinander von Menschen legt und keine zielgleiche Bewertung von Schülerinnen und Schülern in den Mittelpunkt stellt. Das bedeutet auch, dass die vier Mülheimer Förderschulen langfristig aufgegeben werden, bzw. unter Umständen nur noch eine erhalten bleibt, um den Wünschen von Eltern nach einer weiterhin individuellen Betreuung nachkommen zu können. Diese Veränderungen werden erst in den nächsten zehn bis 20 Jahren zum Tragen kommen und erfordern als zusätzliche Aufgabe, die vom Bund und den Ländern den Kommunen auferlegt wurde, zusätzliche Fördermittel vom Bund und Land. Bisher ist die genaue Umsetzung dieser neuen Aufgaben nicht geregelt. Geplant ist die Erarbeitung eines **Inklusionsplans**.

GEMEINSCHAFTSSCHULEN

Das bisherige gegliederte Schulsystem trennt zwischen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Die daneben existierende Gesamtschule ist eine Mischform mit gymnasialen Standards (mindestens vier-zügig), die – genauso wie die Berufskollegs – als Nische entstanden ist, um den stark ausdifferenzierten Anforderungen heutiger Ausbildung gerecht zu werden und die Studienzugangsberechtigungen zu ermöglichen.

Das gegliederte Schulsystem geht von einer Außendifferenzierung aus, die in ihr beschulten Schüler sollen in etwa ein gleiches Leistungsspektrum aufweisen. Demgegenüber ist die **Gemeinschaftsschule** ein weiterführendes Schulsystem mit einer Binnendifferenzierung zwischen einem Hauptschul-, einem Realschul- und einem Gymnasialzweig, das als Schulversuch in NRW eingeführt wurde. Mit der Gemeinschaftsschule soll ein Schulwechsel unnötig werden. Alle Schüler können unabhängig von ihren individuellen Leistungspotenzialen an einer Schule verbleiben. Die inhaltliche Diskussion zu dieser Weiterentwicklung der Schullandschaft findet derzeit auf landespolitischer Ebene statt. Ob eine Schule an dem Modellversuch „Gemeinschaftsschule“ teilnehmen will, liegt in der Entscheidungskompetenz der Schulen selbst. Allerdings ist eine Drei-Zügigkeit Voraussetzung.

In Mülheim gibt es derzeit keine Beteiligung an dem Modellversuch, der im Rahmen der Landesinitiative angeregt wurde. Die Hauptschulen, die in Mülheim Interesse bekundet hatten, verfügen nicht über die notwendigen Voraussetzungen, konkret weisen sie keine durchgängige Dreizügigkeit auf. Andere Schulformen haben sich nicht gemeldet.



REORGANISATION DER SCHULLANDSCHAFT

Folgende Kriterien für die Ermittlung von Zukunftsstandorten im Grund-/Schulbereich sind im Vorfeld bestimmt worden:

- Ziel: mindestens Dreizügigkeit für einen stabilen Betrieb und wenig Unterrichtsausfall
- Sichere Erreichbarkeit
- Gebäudezustand, Aus- und Umbaupotenziale
- Berücksichtigung des Umfelds

Die Frage, die mit den Kriterien beantwortet werden soll, ist: Für welche Schulen besteht eine Verlässlichkeit für die nächsten zehn bis 20 Jahre, für welche nicht?

Da die Kriterien erstens nicht einvernehmlich nach gleichen Gesichtspunkten eingeschätzt und zweitens untereinander je nach Blickwinkel bewertet werden konnten, gibt es kein Objektivierungsverfahren, das zu einer einvernehmlichen Bewertung führen kann. Die Einschätzung liefert ein Bewertungsspektrum, aus dem die Schulen erkennbar werden, die eine nachhaltige Planungssicherheit aufweisen und solche, über deren Aufgabe diskutiert werden sollte.

Als Ausgangslage kann festgestellt werden:

- Im Grundschulbereich gibt es mehr Schulgebäude als Schulen.
- Die meisten Grundschulstandorte sind nur knapp zweizügig / es gibt zu viele kleine Schulgebäude.
- Je 24,1 Schülerinnen und Schülern erfolgt die Zustellung einer Lehrstelle – viele Schulen haben eine Zweizügigkeit bei weniger als 48 Schülern, haben also eigentlich zu wenige Lehrer für eine ausreichende Unterrichtsversorgung, geschweige denn für weitere Aufgaben von Schulen, wie bspw. die aktive Einbringung in den Stadtteil.
- Ziel sind 75 Schüler pro Jahrgang.
- Fazit: Zu kleine Klassen bedeuten eine schwierigere Lehrerversorgung.
- Es besteht ein großer Umstrukturierungsbedarf bei den 32 Schulgebäuden, von denen lediglich vier dreizügig sind.
- Auch bei einer Umstrukturierung sind die Schulen nach wie vor sicher erreichbar. Die teilweise längeren Schulwege machen es jedoch für einige in Zukunft weniger bequem.
- Der Gebäudezustand zeichnet sich in einigen Fällen dadurch aus, dass die Gebäude zu klein und marode sind.
- Die Auswertung der Kriterien hat gute Hinweise für eine Vorauswahl von Schulstandorten gegeben.

Die gesamten Ergebnisse der Kriterienbewertung haben damit keinen Abschluss erfahren, sondern dienen lediglich als Abwägungshilfe für den weiteren Prozess. Ziel ist es, bessere Schulen für Mülheim mit mehr Lehrkräften zu garantieren, damit die Inhalte von Schule sowie Aktivitäten neben dem Unterricht adäquat durchgeführt werden können. Die pädagogische Qualität konnte im Rahmen dieser Untersuchung nicht abgebildet werden, da die Stadt auf die Inhalte an Schulen kaum Einfluss nehmen kann.

KONFESSIONSSCHULEN

Bisher wurden Konfessionsschulen in Mülheim immer als gesonderte Schulformen betrachtet, die bei gesamtstädtischen Planungen nicht berücksichtigt wurden. Nach dem Schulgesetz sind jedoch alle Schulen gleichrangig, so dass demnach alle Bekenntnisschulen auch städtische (Grund-)Schulen sind. Keine konfessionelle Grundschule muss eine Quote von Schülern des betreffenden religiösen Bekenntnisses erfüllen. Damit kann eine nächstgelegene Schule auch eine Konfessionsschule sein.

Im Rahmen der Untersuchungen wurden Probleme an Standorten festgestellt, bei denen eine große Nähe zwischen Gemeinschaftsgrundschulen und Bekenntnisschulen besteht, da sich hier Schülerzahlen und Förderbedarfe ungleich verteilen. Diese Konfliktsituationen sollen nach und nach abgebaut werden. Die katholische Kirche würde gerne drei Konfessionsschulen in der Stadt begleiten, die evangelische nur noch eine. Ziel der Kirchengemeinden ist, in jedem Pfarrbezirk eine Konfessionsschu-

le zu erhalten. Eine neue Frage wirft der wachsende Bedarf nach islamischem Religionsunterricht auf, der bisher noch nicht abschließend landesseitig geklärt werden konnte.

OGS-BETREUUNG

Herr **Vermeulen** erläutert, dass das aktuelle OGS-Angebot auch in Zukunft in den Teilräumen beibehalten werden soll. Allerdings kann es sein, dass eine neue Verteilung der Betreuung notwendig wird. Hierzu befindet sich die Stadtverwaltung aktuell in Gesprächen mit den sozialen Trägern der Betreuungsangebote. Ziel sollte sein, dass durch eine Umverteilung nicht zwei verschiedene Träger aufeinander treffen. Dabei könnte ein Wechsel von Betreuungspersonal vorkommen, der jedoch im Detail mit allen Betroffenen besprochen wird. Generell spielt die Betreuungsqualität in Mülheim eine große Rolle und soll auf dem jetzigen Niveau erhalten bleiben. Im Vergleich zu anderen Städten und Kommunen ist das Betreuungsangebot in Mülheim bewusst schon jetzt überdurchschnittlich hoch.

WEITERFÜHRENDE SCHULEN

Generell ist die Debatte um den Erhalt von einer oder zwei **Hauptschulen** im Stadtgebiet noch nicht beendet. Die Prognosen lassen eine Bedarfseinschätzung von drei bis fünf Eingangsklassen zu. Die Entscheidung, welche und ob eine der beiden verbleibenden Schulen bei nur drei Eingangsklassen geschlossen werden müsste, hängt damit auch vom Schulwahlverfahren ab. Pessimistisch betrachtet bedarf es künftig insgesamt drei bis vier Zügen an den Hauptschulen, optimistisch sind es fünf Züge. Eine drohende Schließung, aufgrund zu niedriger Anmeldezahlen, ist für die Stadt als Schulträger bei mehr als einer Schule nicht planbar. Neben dem Modell, zwei Schulen zu erhalten, ist es auch denkbar, eine dreizügige Schule zu fördern. Überraschend erfolgte im Laufe der Planerstellung für die Schulverwaltung die Schließung der **Hauptschule Speldorf**, die nicht mehr über ausreichende Anmeldezahlen verfügte. Die Entscheidungen für oder gegen die Schließung einer Hauptschule hat damit nichts mit der Qualität des Unterrichtes und der Arbeit vor Ort zu tun – wie Herr **Vermeulen** betont. Gerade die Hauptschulen haben oft unter dem schlechten Image einer „Restschule“ zu leiden, daher schicken viele Eltern ihre Kinder lieber auf die anderen weiterführenden Schulen.

Maßnahmen für die GHS Speldorf:

- Auflösung der Schule aufgrund zu geringer Anmeldezahlen.
- Die Hauptschule Speldorf soll schrittweise auslaufen. Bei einer sukzessiven Auflösung wird die Schule in den Auflösungsstatus geführt, indem keine neue Eingangsklasse mehr gebildet wird.
- Der Bildungsausschuss hat in seiner Sitzung am 23. Mai 2011 die Auflösung zum Schuljahr 2012/2013 beschlossen.
- Die Aufteilung der Schülerzahlen wird in Zukunft auf die verbleibenden Hauptschulen erfolgen.

**Maßnahmen für die GHS Bruchstraße:**

- Der Bildungsentwicklungsplan sieht zwei mögliche Varianten vor (Auflösung und Erhalt).
- Viele Stellungnahmen aus der Lehrerschaft und bei den Eltern plädieren für den Erhalt der Schule.
- Nach dem Ende des Konzeptes „Zukunftsschule“ ist die weitere Finanzierung der Hauptschule ungewiss.

Maßnahmen für die GHS Dümpten:

- Erhalt der Schule angestrebt
- Bedarfsgerechter Ausbau als dreizügige Schule möglich
- Ausbau als Ganztagschule angestrebt

Im Bereich der **Gesamtschulen** wird der Erhalt aller bisherigen Standorte angestrebt. Hier gibt es weiterhin eine hohe Nachfrage. Die **Gesamtschule in Saarn** verfügt noch über wenige freie Kapazitäten. Allerdings ist das Gebäude an der **Ernst-Tommes-Straße** stark sanierungsbedürftig. Hier müssen noch unterschiedliche Varianten geprüft werden. Der Erhalt der Schule ist jedoch davon unberührt.

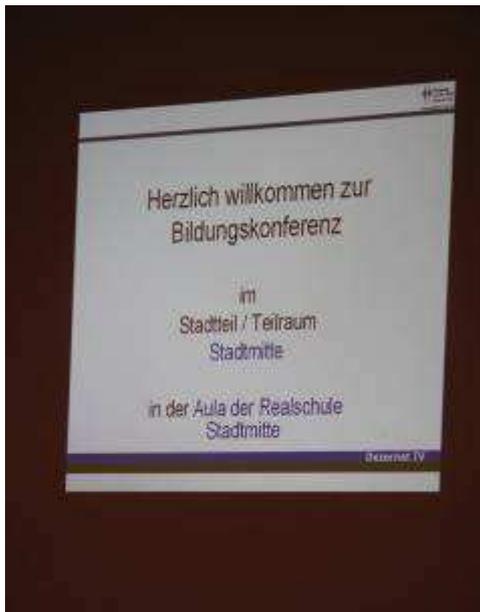
Die **Realschulen** sollen in ihrer jetzigen Form beibehalten werden, ebenso wie die fünf **Gymnasien**. Die **Berufskollegs** sollen im Grundsatz ebenfalls bestehen bleiben. Es wird jedoch überlegt, die beiden Standorte zu einem zentralen Standort in der Stadtmitte zusammenzuführen. Die Kosten für eine derartige Maßnahme sind jedoch von der Stadt Mülheim derzeit nicht zu finanzieren. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Hauptschulen am stärksten von den demographischen Veränderungen und vom eher negativen Bild in der Gesellschaft gegenüber dieser Schulform in Mülheim betroffen sind.

Die in der Präsentation vorhandenen teilraumspezifischen Aussagen werden im Folgenden jeweils zu Beginn der Bildungskonferenz dargelegt. Hier stehen vor allem die Grundschulen im Fokus.

B. Erste Bildungskonferenz im Teilraum Stadtmitte (6. Juni 2011)

Ort: Aula der Realschule Stadtmitte, Oberstraße 92-94

Zeitraumen: 19:00 - 21:15 Uhr

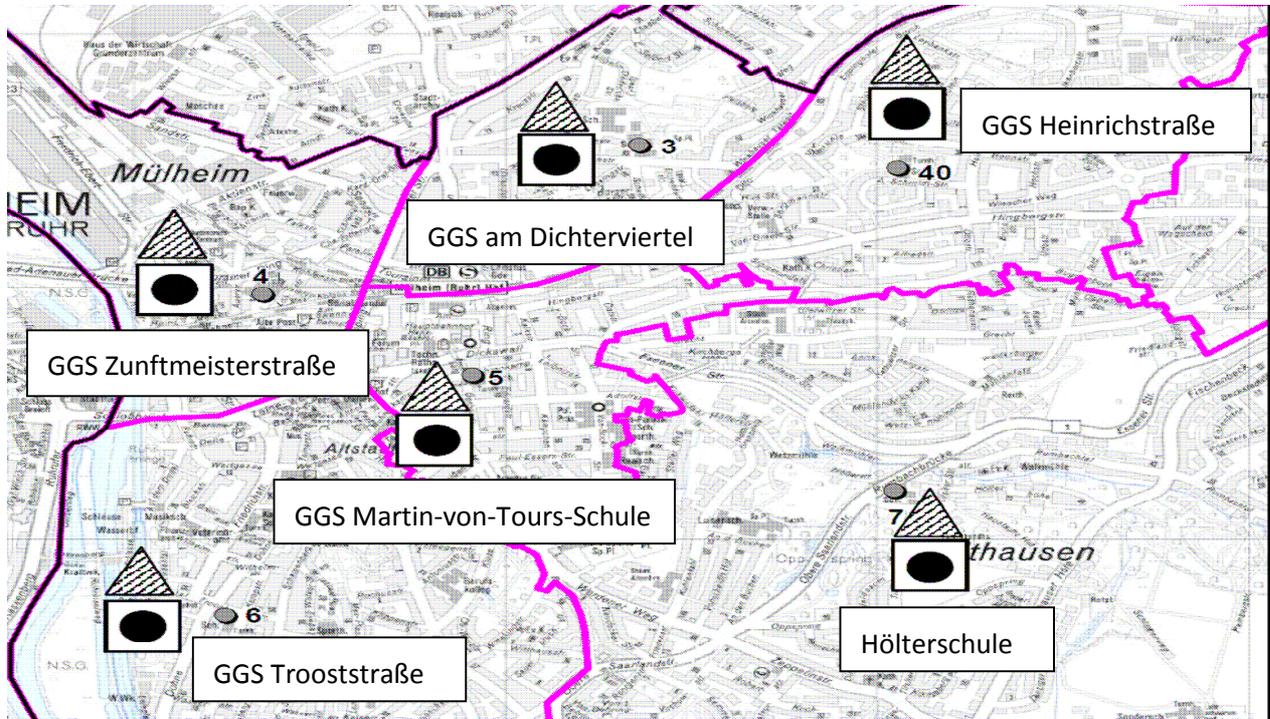


Insgesamt haben etwa **130 Personen** an der Bildungskonferenz teilgenommen. Unter den Teilnehmern waren:

- Vertreter zahlreicher Schulen des Teilraums Stadtmitte (z.B. Hauptschule Bruchstraße)
- Elternvertretungen der Schulen
- Andere schulnahe Akteure wie Vertreter von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden
- Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Eltern
- Verwaltung: Amt für Kinder, Jugend und Schule, ImmobilienService, Beigeordneter der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Als **Besonderheiten** der Rahmenbedingungen lassen sich im Teilraum Stadtmitte folgende Aspekte festhalten:

- Der Anteil der 0- bis 6-jährigen ist deutlich geringer als in anderen Stadtteilen
- Insgesamt ist keine gravierende Abnahme der Schülerzahlen in Stadtmitte zu erwarten, da die Entwicklung insgesamt relativ stabil ist



GRUNDSCHULEN IN DER STADTTEILBETRACHTUNG - DISKUSSION

Der aktuelle Bedarf aller Grundschulen im Teilraum Stadtmitte liegt bei 14 Zügen. Betrachtet man die kleinen Klassengrößen, müssten sogar 15 Züge vorhanden sein. Kaum eine Grundschule im Teilraum verfügt über drei Züge. Im Einzelnen sind folgende Grundlagen für den Bildungsentwicklungsplan ermittelt worden:

GGs am Dichterviertel

Zwei Varianten sind hier denkbar:

- Variante 1:
 - Erhalt der Schule und Sanierung des Gebäudes
 - Verknüpfung mit einer 4-gruppigen KiTa und einem frühkindlichen Bildungszentrum
- Variante 2:
 - Auflösung der Schule und Aufgabe des Grundschulgebäudes
 - Nutzung des Geländes für einen Neubau einer viergruppigen KiTa und eines Frühförderzentrums
 - Ggf. vorübergehende Nutzung des Gebäudes durch auslaufende Hauptschule

GGs Zunftmeisterstraße

- Hier ist der Erhalt der Schule geplant
- Verlagerung der KiTa zum Standort Bruchstraße

- Umbau des freiwerdenden Gebäudeteils für die Unterbringung eines dritten Zuges für die dortige Grundschule

GGG Trooststraße

Für die Grundschule an der Trooststraße werden drei unterschiedliche Varianten für den grundsätzlichen Erhalt der Schule vorgeschlagen:

- Variante 1:
 - Erhalt der Schule und Sanierung
- Variante 2:
 - Niederlegung des bisherigen Gebäudebestandes am Standort Trooststraße mit anschließendem Neubau für eine zweizügige Grundschule
- Variante 3:
 - Aufgabe des Schulstandortes Trooststraße (ggf. Vermarktung des Grundstückes) mit gleichzeitigem Neubau an einem Alternativstandort für eine zweizügige Grundschule

Insgesamt ist die Herstellung der Dreizügigkeit an den Grundschulen **Heinrichstraße** und **Martin-von-Tours-Schule** am einfachsten, weil hier schon heute 2,5 Züge vorhanden sind. Die **Hölterschule** ist mit vier Zügen als stabil zu bewerten. Die Grundschule an der **Trooststraße** muss baulich weiterentwickelt werden. Der derzeitige Standort erschwert diesen Ausbau jedoch. Hierfür ist noch keine konkrete Lösung in Aussicht. Die Grundschule im **Dichterviertel** steht momentan zur Disposition, da sich bei einer Erweiterung der Standorte Heinrichstraße und Martin-von-Tours-Schule auf drei Züge die Schülerzahlen dorthin aufteilen würden.

Zusätzlich müssen die demographischen Entwicklungen berücksichtigt werden. Die Prognosen gehen von einem weiteren Absinken der Schülerzahlen aus. Das heißt, dass einzelne Schulen in naher Zukunft zu klein werden, wenn man jede einzelne erhalten wollte. Bei einer sinkenden Bevölkerungszahl und damit verbundenem sinkenden Steueraufkommen, müssen sinnvolle Investitionsentscheidungen getroffen werden. Erhält man alle Schulen, wird ein Großteil der Schulen irgendwann eine kritische Größe erreichen, bei der wirtschaftliches Handeln nicht mehr möglich ist. Notwendige Investitionen in die Schulinfrastruktur sollten daher zielgerichtet eingesetzt werden, damit nicht in eine Infrastruktur investiert wird, die in wenigen Jahren nicht mehr gebraucht werden könnte.

Einige Grundschulen haben trotz mehrzügiger Klassen noch Kapazitäten frei, da schon bei 37 Kindern (statt 48) zwei Züge gebildet werden. Hier können weitere Kapazitäten aufgenommen werden, ohne zusätzlichen Raum schaffen zu müssen. Es ist ein wichtiges Ziel der Schulentwicklungsplanung, diese Kapazitäten deutlich zu machen.

- **Frau O. (Einwohnerin aus Eppinghofen)** fragt sich, warum der Standort der Grundschule **Zunftmeisterstraße** gesetzt ist, obwohl dieser recht isoliert liegt. Sie wäre dafür, den Standort im **Dichterviertel** zu stärken, da dieser wesentlich zentraler liegt.

Antworten zu Grundschulstandorten im Teilraum Mitte:

Die Grundschule an der **Zunftmeisterstraße** hat eine stabile Nachfrage und hinreichende Schülerzahlen, daher steht sie nicht zur Diskussion. Die Entfernung von der GGS Zunftmeisterstraße zur GGS **Dichterviertel** beträgt etwa 1,5 Kilometer. Darüber hinaus sind rund um das Dichterviertel zahlreiche andere Grundschulen gut erreichbar. Der Wegfall der einen Schule würde die anderen umliegenden Schulen stärken.



- **Herr H. (Vorsitzender Schulpflegschaft Trooststraße)** würde gerne wissen, ob Planungen, die in einem früheren Schulentwicklungsplan angedacht waren, auch in die neuen Planungen mit aufgenommen werden. Er nennt das konkrete Beispiel des Ausbaus / Neubaus der Grundschule **Trooststraße**. Er fragt auch, wie ältere Entscheidungen im aktuellen Entwicklungsplan erneuert oder abgelöst wurden.

Antwort zur Bildungsentwicklungsplanung und zur Trooststraße:

Das Gebäude in der **Trooststraße** muss ersetzt werden. Für eine Erweiterung des Standortes bedarf es eines neuen Grundstücks in unmittelbarer Nachbarschaft. Dies ist aber nicht vorhanden. Weitere Aussagen im Detail sind momentan noch nicht möglich.

Der aktuelle Bildungsentwicklungsplan ist eine Fortschreibung von 2007. Veränderte Rahmenbedingungen und neue Überlegungen führen zur Anpassung der Planung

- **Herr P. (Grundschule Dichterviertel)** würde gerne wissen, wie hoch der Aspekt „**Schulwegsicherheit**“ bei der Bewertung der Schulstandorte gewichtet wurde.

Antwort zur Schulwegsicherheit:

Die Schulwegsicherheit wurde im Rahmen von Bewegungsprofilen und Schülerströmen abgewogen. Für die meisten Standorte ist diese Untersuchung unproblematisch verlaufen. Es wurde in jedem einzelnen Fall zusätzlich untersucht, wie sich Schulwege verändern, wenn ein bestimmter Standort wegfällt. Diese Erkenntnisse sind stark in die Planung eingeflossen. Wenn die **Grundschule Dichterviertel** wegfallen würde, käme es zu einer höheren Auslastung aller umliegenden Schulen. An dem jetzigen Standort könnte dann Platz für ein **frühkindliches Bildungszentrum** geschaffen werden.



- **Frau H. (Schulpflegschaftsvorsitzende Grundschule Dichterviertel)** fragt sich, wie die Schließung einer Schule vollzogen wird. Auch die Betreuung am Nachmittag für die Kinder in der Turnhalle und am Sportplatz müsste neu geregelt werden. Herr P. möchte noch wissen, ob nicht zusätzliche Kosten für diese Maßnahmen entstehen.

Antwort Schulschließung:

Noch ist die Schließung einer Schule nicht beschlossen, darüber hinaus vollzieht sie sich nicht von heute auf morgen. Alle Kinder, die in der ersten Klasse eingeschult werden, können bis zur vierten Klasse an ihrem jetzigen Standort beschult werden. Bei einer Auflösung nimmt die betreffende Schule keine ersten Klassen mehr auf, so dass nach vier Jahren die Schule endgültig aufgegeben werden kann. Es werden in diesem Zusammenhang sicherlich auch zusätzliche Kosten entstehen, die getragen werden müssen.

HAUPTSCHULEN IN DER STADTEILBETRACHTUNG – HAUPTSCHULE BRUCHSTRASSE

Die Hauptschule in der Bruchstraße sollte vor einiger Zeit noch zu einer so genannten Zukunftsschule ausgebaut werden. Nachdem dieses Vorhaben im vergangenen Jahr aufgegeben wurde, sieht der neue Bildungsentwicklungsplan zwei Entwicklungsoptionen für die Zukunft der Schule vor (siehe Kapitel A, Maßnahmen weiterführende Schulen). Viele teilnehmende Eltern, Lehrer und auch Schüler der Bruchstraße machen sich sehr deutlich für den **Erhalt des Standortes** stark. Viele Elternvertreter engagieren sich darüber hinaus mit Aktionen und Protesten im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Ihnen ist wichtig, dass die Argumente gehört und in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Stellvertretend für viele Eltern und Betroffene äußert **Frau Sch. (Initiative Wir aus Mülheim)** ihre Hochachtung für die Leistungen der Eltern und Lehrer an der Hauptschule Bruchstraße, wo teilweise Sanierungen auch in Eigeninitiative umgesetzt wurden. Sie ist der Meinung, dass Schule keine Kostenfrage sein darf und plädiert für den Erhalt sämtlicher Schulen in Mülheim.

- **Frau K. (Elternpflegschaft der Hauptschule Bruchstraße)** erläutert noch einmal den Prozess der Zukunftsschule, der acht Monate in Anspruch genommen hat. Unter der Voraussetzung, dass dieser Prozess eine positive Wendung nehmen würde, sind die Investitionen für die Bruchstraße ausgeblieben. Alle Beteiligten waren der Auffassung, dass das eingesparte Geld nun trotz des Aus für die Zukunftsschule investiert werden könnte, was sich jedoch nicht bestätigt hat. Als gute **Gründe für den Erhalt der Hauptschule Bruchstraße** sprechen ihrer Meinung nach folgende Fakten, die von **Frau Ko.** und **Frau V. als Mütter von Kindern an der Bruchstraße** sowie von **Frau L. als Lehrerin** vor Ort ergänzt werden:
 - Die gute Vernetzung mit dem Quartier und den Kooperationspartnern.
 - Seit 2009 ansteigende Schülerzahlen.
 - Sehr hohe Anmeldezahlen in diesem Jahr, die von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wurden.
 - Höchste Ausbildungsquote nach Abschluss der Schule in Mülheim.
 - Zentraler Standort als Argument für die Bruchstraße.
 - Neue Wege der Finanzierung finden (z.B. ÖPP).
 - Entwicklungsfähigkeit der Schule beachten (z.B. mit verschiedenen Kooperationspartnern).
 - Gesamtschulen sind zu groß und unübersichtlich; die Hauptschule Bruchstraße ist überschaubar und fördert die Schüler individuell.
 - Auch Kinder mit Einschränkungen können sich an der Bruchstraße gut entwickeln, da die Betreuungssituation sehr stark ist.

- In der politischen Diskussion liegt der Schwerpunkt zu sehr auf ökonomischen Aspekten und lässt die Bedürfnisse der Kinder außer Acht.
- Mit der Schließung der Bruchstraße nimmt man dem Stadtteil ein Stück Zukunft weg.

Frau B. (Lehrerin an der Bruchstraße) gibt in Ergänzung zu ihren Vorrednern zu bedenken, dass durch die Debatte die Schülerinnen und Schüler das Gefühl bekommen könnten, dass sie nicht erwünscht sind. Sie ist über die Situation an der Bruchstraße sehr enttäuscht. Die Schülerinnen und Schüler an der Hauptschule sind ihrer Meinung nach wesentlich besser als ihr Ruf und sehr engagiert. Außerdem findet sie, dass der Verzicht auf die Zukunftsschule auch ein Argument für das Fortbestehen der Hauptschule sein müsste.

Herr B. betont in seiner Funktion als **ehemaliger Lehrer**, dass die Qualität der Hauptschule an der Bruchstraße die besondere Betreuung der Schülerinnen und Schüler sei. Andere Schulen hätten möglicherweise Probleme, diese Schüler zu integrieren. Im Grunde hält er an der Differenzierung des Schulsystems fest und fordert den Erhalt der Hauptschule an der Bruchstraße. Darum fragt er sich, warum die Sanierung der Bruchstraße nicht schrittweise erfolgen kann, vielleicht finden sich neue Formen von Finanzierungsmöglichkeiten, die bisher noch nicht ausgeschöpft wurden.

Antworten zum Erhalt der Bruchstraße:

Im Hinblick auf die Entwicklung der Hauptschulen ist es besser, jetzt perspektivisch zu handeln, als auf „den plötzlichen Tod“ einer Schule zu warten. Die Hauptschule an der Bruchstraße hat viele starke Befürworter und es gibt sehr viele gute Gründe für den Erhalt. Jedoch gibt es ebenso viele gute Gründe für das andere Modell. Es darf jedoch keine Debatte angestoßen werden, die versucht, die beiden Schulen gegeneinander auszuspielen. Die Entwicklung der Schülerzahlen war in Dümpten und Eppinghofen an beiden Schulen etwa gleich. Bei der Aufrechterhaltung von zwei Standorten müsste in beide Standorte investiert werden. Sollte es dann doch noch zu einer Schließung an einer Stelle kommen, hätte die Stadt fehlinvestiert, dies gilt es zu vermeiden. Dabei ist auch klar, dass jede Schulschließung Proteste nach sich ziehen wird, egal an welchem Standort.

Sollte es nur noch eine Hauptschule geben, ist das angeführte Argument der Erreichbarkeit nicht mehr gegeben, die meisten Schülerinnen und Schüler müssten dann in Mülheim pendeln. Die Entscheidung für eine Schließung von Schulen ist in keinem Fall eine Entscheidung gegen die Eltern, die Schüler oder das Umfeld!

Herr **Vermeulen** versteht die Verunsicherung, die durch die letzten Entwicklungen entstanden ist. Die Unsicherheit in der Entscheidungslage zeigt auch, wie schwierig es ist, eine derar-

tige Entscheidung treffen zu müssen. Im Abwägungsprozess muss entschieden werden, ob man das Risiko eingeht, zwei Hauptschulen zu finanzieren wovon eine aufgrund sinkender Schülerzahlen wegfallen könnte, oder ob man lieber nur eine Schule gezielt stärkt. Die Anregungen und Argumente aus der Bildungskonferenz unterstützen die Politik in ihrer Entscheidungsfindung.

Das Problem der „**Hauptschule als Restschule**“, wie es teilweise in der Debatte skizziert wurde, sieht Herr **Vermeulen** nicht. Die Hauptschule an der Bruchstraße leidet – wie viele andere Hauptschulen auch – an diesem Stigma. Die Herausforderung, wie mit Hauptschülern umzugehen ist, die auf eine neue Schule kommen, erfordert neue Herangehensweisen, die von den Lehrern entwickelt werden müssten.

- **Herr S. (Lehrer an der Hauptschule Bruchstraße)** kritisiert die **Fokussierung** auf die Entwicklung der **Schülerzahlen** als Hauptargument für die Schließung der Hauptschule Bruchstraße. Die Hochrechnungen im Entwicklungsplan könnten sich eventuell jedoch auch ganz anders entwickeln, da der Stadtteil Eppinghofen im Gegensatz zu Dümpten kaum Bevölkerungsverluste haben wird.

Antwort zu Entwicklung der Schülerzahlen:

Aufgrund der Finanzierungsvorgabe vom Land von Zügen mit 24,1 Kindern ist es wenig sinnvoll, zahlreiche zweizügige Schulen zu erhalten. Es ist daher eher wichtig, eine starke dreizügige Schule zu erhalten und zu fördern. Als Ziel soll die ausreichende Lehrerversorgung sichergestellt werden. In Bezug auf die Schulen muss man sich dabei auch fragen, welche kritischen Größen von Schulen noch Sinn ergeben. Auch kleine Schulen sind wichtig, sie dürfen jedoch als System nicht zu klein werden. Wenn Schülerzahlen in den nächsten Jahren weiterhin sinken und damit einhergehend auch die Zügigkeiten der Schulen schrumpfen, muss man sich fragen, wie die Schulen gehalten werden können. Schulpolitische Entscheidungen richten sich nach den Schülerzahlen und nach Veränderungen im Bildungssystem.

- **Herr G. als Leiter einer Jugendeinrichtung** betont die Wichtigkeit von **lokalen Kooperationspartnern**. Die Hauptschule an der Bruchstraße ist ein wichtiger Kooperationspartner für soziale Träger und auch für seine Einrichtung, der bei einer Schließung wegfallen würde. Für die Jugendlichen ist es wichtig, dass diese Kooperationspartner erhalten bleiben. An der Hauptschule Bruchstraße wurden im Rahmen dieser wichtigen Kooperationen zahlreiche Präventionsprojekte durchgeführt, die für den Stadtteil insgesamt eine wichtige Funktion hatten.
- **Herr K. (Alpenverein/Nachbar zur Bruchstraße)** würde gerne wissen, ob dem Konzept „**Zukunftsschule Bruchstraße**“ bereits Investitionen versprochen waren und ob weitere Investi-

tionen eher herabgestuft wurden. Darüber hinaus würde er gerne wissen, ob der Wegfall der Zukunftsschule den Betroffenen vor Ort von den Verantwortlichen erklärt wurde und ob Alternativen aufgezeigt werden konnten.

Antwort zur Zukunftsschule und zu Investitionsabsichten:

Es gab nie eine Zusage für konkrete Investitionen. Die Umwandlung in eine Zukunftsschule war ein Plan im Rahmen der Schulentwicklungsplanung. Diese Planung hätte Investitionen erfordert, die berechnet wurden. Die Politik hat mit Kenntnis dieser Zahlen dem Projekt nicht zugestimmt. Es war zu keiner Zeit beschlossen, bereits Gelder für die Schule zur Verfügung zu stellen.

Herr **Vermeulen** betont zu den Gesamtinvestitionserfordernissen, dass die festgestellten Bedarfe die finanziellen Fähigkeiten der Stadt Mülheim an der Ruhr weit übersteigen. Daher wurde diese integrierte Gesamtbetrachtung angestrebt, um besser Prioritäten und dringende Investitionen abwägen zu können. Isolierte Betrachtungen führen zu keinen guten Lösungen.

In Bezug auf die Aufgabe des Konzeptes Zukunftsschule hat keine direkte Erklärung vor Ort stattgefunden. Dafür ist nun unter anderem die Bildungskonferenz veranstaltet worden. Die Stellungnahmen und Erklärungen können hier ausgetauscht werden. Die Informationen, die hier zusammengetragen werden, tragen dazu bei, dass Politik verantwortungsvolle Entscheidungen treffen kann. Dabei ist auch klar, dass nicht jede Entscheidung bei jedem zu vollem Verständnis führt.

SOZIALENTWICKLUNG IN EPPINGHOFEN

- **Herr Ke. als Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche in Eppinghofen** bewertet die soziale Lage im Stadtteil Eppinghofen sehr negativ. Die sozialen Schwierigkeiten nehmen seiner Erfahrung nach weiter zu. Gerade in Eppinghofen besteht ein großer Bedarf an einer vertieften Zusammenarbeit mit Migranten.

Im Stadtteil Styrum wurden sehr viele respektable Projekte umgesetzt. Eine ähnliche Initiative wünscht er sich auch für den Stadtteil Eppinghofen. Es gilt, auch weiterhin in Bildung zu investieren, um die sozialen Probleme besser lösen zu können. Die soziale Prävention ist dabei enorm wichtig und sollte nicht am Geld scheitern. Er bemängelt die vielen Zusicherungen der Politik, die aber meist nicht in konkrete Projekte und Investitionen münden. Die Zukunftsschule wäre eventuell ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, viele Mülheimer waren dafür.

Die **Verknüpfung von Bildung und Sozialarbeit** müsste stärker in den Vordergrund rücken. Dabei bezieht sich die Arbeit nicht nur auf die Schülerinnen und Schüler, sondern auch auf den übrigen Teil der Familien im Quartier. Das Erreichen der Familien geht seiner Meinung nach nur, wenn auch Schule direkt vor Ort ist. Daher sprechen sich die katholische und die evangelische Kirche gegen weitere Schulschließungen aus.

BILDUNGSPOLITIK IN MÜLHEIM AN DER RUHR

Einige Elternvertreter äußern ihren Unmut über falsche Herangehensweisen in der Bildungspolitik Mülheims. So führt **Herr J. (Bürger)** an, dass Bildung zwar in der Politik angeblich eine hohe Priorität genieße, das notwendige Geld jedoch in Prestigeprojekte der Stadt investiert würde. Er versteht unter hoher Priorität auch eine Erhöhung der Investitionssummen für Schulen.

Einige Eltern finden den Zeitpunkt der Bekanntgabe der Ergebnisse des Schulentwicklungsplanes zu spät. Diese Bekanntgabe soll erst zwei Tage vor den Sommerferien stattfinden (so auch stellvertretend **Frau J. als Mutter**).

Frau B. (Mutter von 2 Töchtern an der Gesamtschule) bemerkt generell, dass man den veränderten Bedürfnissen in der Schule gerecht werden muss, bzw. Schüler einer zu schließenden Schule auf eine andere Schulform vorbereitet werden sollten. Insbesondere bei der Gesamtschule ihrer Kinder hat sie bemerkt, dass sich dort die Schülerschaft bereits verändert.



- **Herr Kl. (Vertreter die Linke / Schulpolitischer Sprecher)** sieht die Schließung der oben genannten Schulen im Stadtteil **Eppinghofen** kritisch, da nach eigenen Berechnungen eher von einer Unterversorgung von mehreren Zügen auszugehen ist. Der Gebäudemangel ist seiner Ansicht nach auch heute schon bemerkbar und wird bei einer Schließung von Schulen wahrscheinlich eher stärker. Das Thema Inklusion wird vermutlich zusätzlich dafür sorgen, dass die Klassengrößen schrumpfen und mehr Räume vorgehalten werden müssen. Er fragt sich, wie die Stadt mit dieser **Unterversorgung** in Zukunft umgehen wird.

Antwort Versorgung von Schulen in Mülheim:

Es stellt sich die generelle Frage, wie Bildung in einer Stadt richtig organisiert wird. Insgesamt nimmt die Stadt Mülheim an der Ruhr zur Entwicklung der weiterführenden Schulen schon viel Geld in die Hand. Die häufig angebrachte Behauptung, dass die Stadt Mülheim an der Ruhr nicht in Bildung investiert, ist falsch. Mehr Bedarf an Investitionen gibt es immer, aber die Stadt hat in den letzten Jahren viel in den Erhalt der Schulen investiert (etwa 100 Millionen Euro), auch in den Erhalt kleiner Schulen. Es ist daher wichtig, ein Verständnis für die Bildungspolitik zu entwickeln, und in Bezug auf Schulschließungen auch Argumente anzuhören, die nicht den Meinungen aus dem Stadtteil entsprechen.



ZUSAMMENFASSENDE ARGUMENTE AUS DEM TEILRAUM STADTMITTE

Thema	Argumente pro	Argumente contra	Sonstige Anmerkungen
Erhalt Grundschule Dichterviertel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Schule liegt sehr zentral und sollte daher erhalten werden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die GGS Zunftmeisterstraße hat stabile Schülerzahlen ▪ Entfernung zu den zwei verbleibenden Grundschulen erträglich ▪ Wegfall der Schule würde die umliegenden Schulen stärken ▪ Platz für frühkindliches Bildungszentrum 	
Erhalt Hauptschule Bruchstraße	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ende der Zukunftsschule kann Neustart für die Bruchstraße sein ▪ Gute Vernetzung mit dem Quartier ▪ Seit 2009 ansteigende Schülerzahlen ▪ Höchste Ausbildungsquote in MH ▪ Zentraler Standort ▪ Individuelle Förderung der Schüler ▪ Engagierte Lehrer und Schüler ▪ Vor-Ort-Präsenz der Schule wichtig für Stadtteilarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung der Schülerzahlen in Dümpten und Eppinghofen etwa gleich ▪ Schließung ist keine Entscheidung gegen Qualität der Schule ▪ Erhalt einer starken 3-zügigen Schule ist dem Erhalt zweier Schulen vorzuziehen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Mögliche Unterver-sorgung des Stadtteils mit Schulgebäuden und Angeboten prüfen

C. Zweite Bildungskonferenz im Teilraum Broich/Speldorf/Saarn (8. Juni 2011)

Ort: Aula Schulzentrum Broich, Holzstraße 80

Zeitraumen: 19:00 – 21:30 Uhr



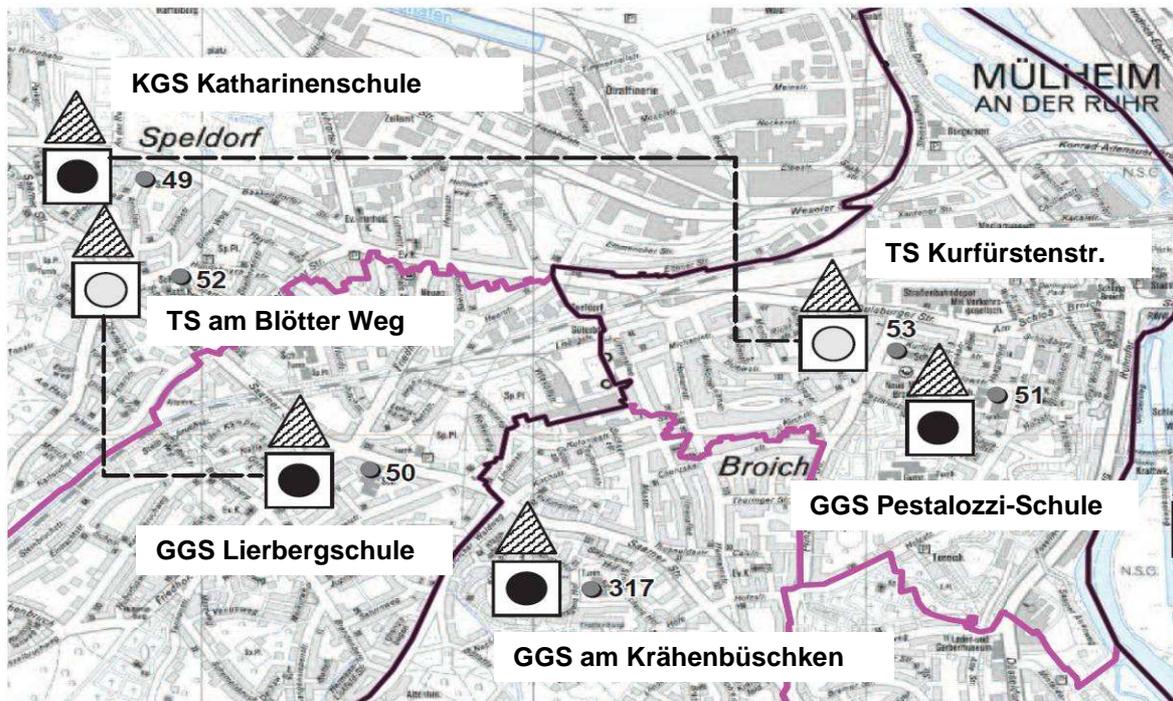
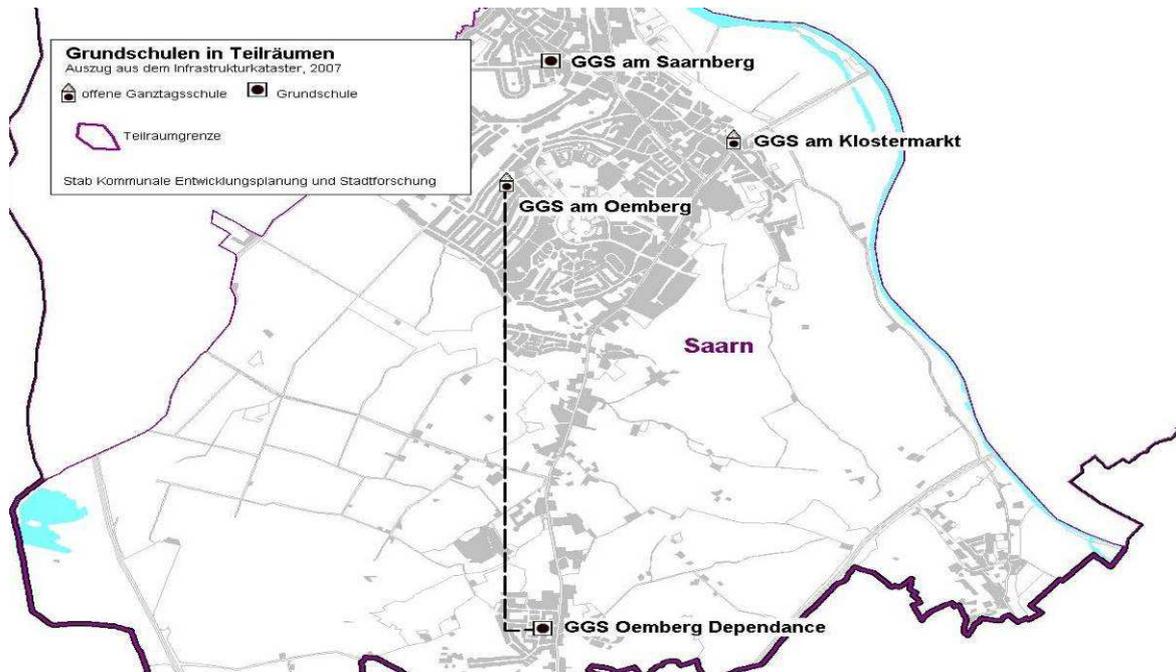
Insgesamt haben etwa **140 Personen** an der Bildungskonferenz teilgenommen. Unter den Teilnehmern waren:

- Vertreter zahlreicher Schulen des Teilraums Broich, Speldorf und Saarn (z.B. GGS Am Saarnberg, Lierbergschule, GGS am Blötter Weg, KGS Kurfürstenstraße)
- Elternvertretungen der Schulen
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Eltern
- Verwaltung: ImmobilienService, Amt für Kinder, Jugend und Schule, Beigeordneter der Stadt Mülheim an der Ruhr

Als **Besonderheiten** der Rahmenbedingungen lassen sich in den Teilräumen Broich, Speldorf und Saarn folgende Aspekte festhalten:

- Beschluss über die Auflösung der HS Speldorf zum Schuljahr 2012/2013 aufgrund zu geringer Anmeldezahlen (vgl. Kapitel A)

GRUNDSCHULEN IN DEN TEILRÄUMEN SAARN (OBERE KARTE) UND SPELDORF/BROICH (UNTERE KARTE)



GRUNDSCHULEN IN DER STADTTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

Betrachtet man die Zügigkeitsbedarfe der Teilräume Broich / Speldorf / Saarn für die Altersgruppen 0-6 und 6-10 Jahre, so ergibt sich bis zum Jahr 2025 ein Rückgang der Kinderanzahl um ca. ein Drittel. Die Kapazität aller Grundschulen im **Teilraum Saarn** liegt momentan bei neun Zügen, im **Teilraum Broich/Speldorf** bei 14 Zügen. Lediglich eine Grundschule in den drei Teilräumen verfügt über drei Züge. Für die Jahre 2015/16 wurde für Saarn ein Bedarf von sieben bis acht Zügen ermittelt für die anderen beiden Teilräume ein Bedarf von nur noch neun Zügen, da hier die Schülerzahlen signifikant abgenommen haben. Im Einzelnen sind folgende Grundlagen für den Bildungsentwicklungsplan ermittelt worden:

GGG Saarnberg (Saarn)

- Bedarfsgerechter Erhalt der Schule im Planungszeitraum 2015/16
- Außer notwendigen Bauunterhaltungsmaßnahmen sind keine Investitionen zu tätigen
- Nutzung für einen Übergangszeitraum; mittelfristig Verlagerung auf die anderen Grundschulstandorte

GGG Lierbergschule (Broich/Speldorf)

- Erhalt der Schule
- Vollständige Verlagerung (Haupt- und Teilstandort) an den Standort Frühlingsstraße
- Am Standort Frühlingsstraße sind lediglich grundschulgerechte Umbau- und Sanierungsmaßnahmen erforderlich.
- Verlagerung trägt dazu bei, dass konfessionelle und Gemeinschaftsgrundschule in direkter Nachbarschaft entstehen würden.

KGS Katharinenschule (Broich/Speldorf)

- Erhalt der Schule
- Verlagerung an den Standort Blötter Weg aufgrund baulicher Mängel in der Arnoldstraße
- Aufgabe des Standortes Duisburger Straße
- Aufgabe des Standortes Kurfürstenstraße

GGG Krähenbüschken (Broich/Speldorf)

- Erhalt der Schule
- Ausbau zu einer dreizügigen Grundschule
- Aufnahme der Kinder vom Standort Saarnberg in Zukunft angedacht

Perspektivisch wird eine Auflösung der Grundschule am **Saarnberg** als sinnvoll erachtet, da sich die Schülerströme sehr wahrscheinlich auf die Grundschulen **Klostermarkt** und **Oemberg** verlagern werden. Diese Betrachtung bezieht sich allerdings erst auf den nächsten Planungszeitraum nach 2015/16. Der Teilstandort **Karl-Forst-Straße** soll in Selbeck aufgrund der hohen Akzeptanz im Quartier mit je einer Klasse pro Schuljahr erhalten bleiben.

Insgesamt sollen langfristig von den sechs Schulstandorten in Broich / Speldorf vier erhalten bleiben. Eine Auflösung des Standortes **Duisburger Straße** in Speldorf ist schon im letzten Planungszeitraum 2007 bis 2011 angedacht worden, da dort ein weiterer qualitativer Standort nicht ermöglicht werden kann. Daher gab es die Überlegungen, diese Schule an den **Blötter Weg** zu verlegen und den Blötter Weg mit der **Lierbergschule** zu verbinden. Als aktuelle neue Option kommt der Standort der zu schließenden **Hauptschule Speldorf** hinzu. So sind als Vorschläge im Bildungsentwicklungsplan aufgeführt, die Lierbergschule und den Standort Blötter Weg an die Frühlingsstraße zu verlegen und die **Katharinenschule** und **Kurfürstenstraße** an den Blötter Weg. Darüber hinaus soll die **GS Krähenbüschken** dreizügig ausgebaut werden. Die **Pestalozzi**-Schule bleibt im Teilraum Speldorf bestehen.

- **Herr K. (Schulleiter der GGS Am Saarnberg)** nennt explizit den Wunsch nach einer Stärkung von kleinen Schulen, da sich viele Kinder in großen Schulen unwohl fühlen. Er äußert Bedenken, dass gerade für Kinder des ersten, zweiten und dritten Schuljahrs Schulwege mit mehr als 2 km zu lang sind. Bei Entscheidungen muss zusätzlich bedacht werden, welche Straßen überquert werden müssen. **Frau P. (Mutter eines Kindes der Lierbergschule)** spricht dieses Thema ebenfalls an. Ihre Kinder benötigen schon jetzt 25 Minuten für den Schulweg. Bei weiteren Schließungen fragt sie sich, wie weit man noch gehen möchte und seine Kinder belasten möchte.

Antwort Erhalt kleiner Schulen / Schulwege:

Früher waren alle Schulen größer. Bei der hohen Anzahl der kleinen Schulen sind viele zweizügige Klassen nicht ausgelastet und verfügen über 16-20 Schüler pro Klasse. Jedoch wird erst ab 24 Schülern eine volle Lehrkraft bewilligt. Bei diesen Vorgaben handelt es sich um landesrechtliche Vorgaben, an die die Stadt Mülheim gebunden ist. Die Eltern verlangen eine verlässliche Schule, die aber unter der oben skizzierten Bedingung nur schwer sicherzustellen ist. Die



Dreizügigkeit sichert eine hohe Lehrerzuweisung seitens des Landes.

Kurze Wege sind immer wünschenswert, doch unter den aktuellen Bedingungen nicht machbar. Die Schulwege wären jedoch bei Aufgabe der vorgeschlagenen Standorte nur unwesentlich länger als bisher.

- **Herr K. (Schulleiter GGS Am Saarnberg)** äußert Bedenken, ob bei den im Bildungsentwicklungsplan angestrebten Planungen auch eine Möglichkeit auf Realisierung besteht, oder die Planungen nur dann realisiert werden, wenn Mittel vorhanden sind. **Weitere Mütter** unterstreichen diese Aussage noch einmal mit den Fragen nach den konkreten Umsetzungsabsichten bzw. den zeitlichen Abfolgen der geplanten Maßnahmen. Sie finden darüber hinaus die reine Betrachtung der Statistiken als nicht ausreichend für eine konkrete Aussage zu Schulauflösungen. Darüber hinaus finden einige, dass es in dem vorgestellten Plan nicht um sinnvolle Pädagogik geht, sondern nur um Rechnungsgrößen und wirtschaftlichen Aussagen.

Antwort zur Maßnahmenrealisierung, Umsetzungsabsicht und zeitlichen Reihenfolge:

Sinkende Bevölkerungszahlen bedeuten gleichzeitig immer auch sinkende Steuereinnahmen und ein Rückbau der Infrastruktur, die einst für 200.000 Einwohner gedacht war. Vor diesem Hintergrund muss die Frage gestellt werden, welche Maßnahmen verantwortbar sind, und im Hinblick auf den Erhalt kleiner Schulen, wie lange viele kleine Schulstandorte finanziell gestemmt werden können. Generell wird seit vielen Jahren über diese Fragen diskutiert. Gerade deswegen ist es jetzt umso wichtiger, dass konkrete Lösungen und Entscheidungen gefunden und getroffen werden. Im Hinblick auf Verlagerungen von Schulstandorten muss gesamtstädtisch geschaut werden, welche Schulgebäude bestehen und wie diese genutzt werden können. Die Erkenntnisse und Ergebnisse sollten dann schnellstmöglich umgesetzt werden.

Zum Thema der **zeitlichen Reihenfolge** der Maßnahmenumsetzung erläutert Herr **Vermeulen**, dass die geplanten Maßnahmen nicht parallel erfolgen. In alle Maßnahmen gleichzeitig zu investieren, würde die Stadt überfordern. Es geht darum, die Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen. Dazu bedarf es eines Zeitplans, der die notwendigen Schritte aufweist.

- Insgesamt sprechen sich **zahlreiche Teilnehmende** für den Erhalt der Grundschule **am Saarnberg** aus. Stellvertretend für verschiedene Meinungen spricht eine **Mutter von Kindern am Saarnberg** für den Erhalt der Grundschule. Sie habe sich bewusst für diese Schule und gegen die Schule am Oemberg entschieden. Damit einher ging die bewusste Entscheidung für einen längeren Schulweg und die Zweizügigkeit. Ihr ist bisher niemand bewusst, der unzufrieden

mit der GGS am Saarnberg ist. Auch der Unterrichtsausfall sei dort geringer als an anderen Standorten. **Eine Lehrerin an der GGS Saarnberg** unterstreicht dies mit der Aussage, dass die GGS am Saarnberg konstante Anmeldezahlen hat. Zudem sei es zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, verlässliche Prognosen für die weitere Entwicklung zu stellen. Eine weitere **Lehrerin** fügt darüber hinaus hinzu, dass aktuell schon das Gerücht kursiert, dass die GGS am Saarnberg geschlossen werden soll. Sie stellt sich die Frage, wie dabei die aktuellen Anmeldezahlen beibehalten werden sollen.

Eine **Mutter** bemängelt die Informationspolitik bezüglich der GGS am Saarnberg. Sie fragt sich, warum schon zum jetzigen Zeitpunkt der Schule geschadet würde, obwohl eine Auflösung noch nicht beschlossen ist. Eine **Lehrerin der Schule am Saarnberg** unterstreicht diese Aussage mit der ihrer Meinung nach auffallenden negativen Lenkung. Demnach sei zu viel auf Zahlen und Finanzierung geachtet worden und dabei habe man zu wenig die Schüler beachtet. Einzügige Jahrgänge hält sie nicht für zeitgemäß, jedoch seien zweizügige durchaus in Ordnung. Betrachtet man die aktuellen Zahlen der GGS am Saarnberg, so seien diese sehr stabil. **Frau H., Mutter eines Kindes**, das in diesem Jahr an einer Grundschule angemeldet werden soll, hat ebenfalls die Befürchtung, dass nach Bekanntgabe einer Schließung die Kinder an andere Schulen verteilt werden.

Antwort zum Thema Schulschließung GGS am Saarnberg:

Bei Schulschließungen kommt es zwangsläufig zu den Folgen, dass bestimmte Qualitäten wegfallen. Die eigentliche Vorgabe des Landes ist es aber, langfristig keine Dependancen mehr zu haben. Auch in Bezug auf die Länge des Schulweges kommt es bei einer Schulschließung zwangsläufig dazu, dass sich die Situation im Einzelfall verschlechtert. Aufgrund der freien Schulwahl kommt es für einige heute bereits zu längeren Schulwegen, da sich Eltern bewusst für andere Standorte entscheiden und andere Formen des Schultransportes wählen, wie z.B. Fahrgemeinschaften.

Herr **Vermeulen** betont noch einmal, wie wichtig es ist, zum jetzigen Zeitpunkt Entscheidungen zu treffen. Im Zuge der letzten Diskussionen in 2007 sind keine Entscheidungen getroffen worden. Man könne es sich nicht erlauben, noch einmal keine Entscheidungen zu treffen. Unabhängig vom Ausgang der Entscheidungen ist es immer unangenehm, diese zu treffen. Für eine konsequente Entwicklung ist dies aber unabdingbar.

Darüber hinaus passiert eine **Schulschließung** nicht von heute auf morgen, sondern in Form einer sukzessiven Schließung. Alle Kinder, die an einer zu schließenden Grundschule angemeldet sind, können ihre Grundschulzeit auch an dieser beenden. Als konkretes Beispiel

würde dies z.B. für die Kinder der Grundschule am Saarnberg bedeuten, dass alle Kinder, die jetzt dort angemeldet sind, auch an diesem Standort ihre Grundschuljahre beenden können. Allerdings ist es der Schulgemeinschaft freigestellt, dass eine verbliebene vierte Klasse gemeinschaftlich an eine andere Schule wechselt. Auch ein Umzug en bloc ist generell möglich. Dies ist so auch im Bildungsentwicklungsplan verankert.

Letztendlich hängen aber alle Entwicklungsmaßnahmen von den Entscheidungen der Politik ab. Es ist durchaus möglich, dass die Politik anders entscheidet, als es aktuell im Entwurf des Bildungsentwicklungsplans vorgesehen ist. So ist z.B. aktuell vorerst eine **Beibehaltung der GGS am Saarnberg** vorgesehen. Sollten die Anmeldezahlen in den nächsten Jahren stimmen, kann es durchaus sein, dass die Schule nicht geschlossen wird. Die Ausstattung und der Ausbau der Schule reichen für den Betrieb in den nächsten Jahren. Bei den Investitionsprioritäten steht die Schule jedoch zunächst auf den hinteren Rängen. Zu einer zukünftigen Nutzung des Gebäudes am Saarnberg gibt es bislang keine konkreten Überlegungen.

Allgemein sind Städte dazu aufgefordert, alle fünf Jahre einen Bildungsentwicklungsplan zu überarbeiten, da es durchaus möglich ist, dass in dieser Zeit z.B. neue Bebauungspläne ausgewiesen werden, die dann wiederum Einfluss auf die schulpolitischen Planungen haben.

- Eine **Mutter** bestärkt die Wichtigkeit der Qualität einer Schule. Gemeint ist der Standort **KGS Kurfürstenstraße**. Würde dieser Standort wegfallen, hätten die Eltern in Broich/Speldorf nur noch eine Möglichkeit, ihre Kinder auf eine qualitätvolle Schule zu schicken.



- **Herr D. (Vater u.a. eines Kindes an der Katharinenschule)** ist an beiden Standorten (Duisburger und Kurfürstenstraße) betroffen. Auch wenn es sich bei dem Standort Speldorf um einen kleinen und beschränkten Standort handelt, empfindet er es als positiv, dass sich endlich eine Perspektive ergibt. Generell spricht er davon, dass die Eltern dort sehr flexibel sind, bemängelt im Gegenzug aber, dass sie nicht an den Entscheidungen mitarbeiten können. Ihm ist es ein Bedürfnis, eine sinnvolle bauliche Lösung zu finden. In Bezug auf den Teilraum Broich erläutert er stellvertretend für die dortigen Eltern seine Unzufriedenheit über die geplanten Maßnahmen. Er selbst spricht sich gegen die pauschale Schließung von Teilstandorten aus, solange keine konkreten Planungen beschlossen sind, und erkundigt sich nach der zeitlichen Umsetzung.

Antwort auf Katharinenschule:

Diese Aussage gibt bereits die Hinweise, wie Umsetzungsschritte geplant werden. Bei den Schulorganisatorischen Maßnahmen wird es so auch beschrieben werden. Plant man nicht den Blötter Weg, sondern denkt in Richtung Frühlingsstraße, gäbe es eine Perspektive. Dann muss man sich fragen, was mit der Kurfürstenstraße passiert. Dort könnten dann keine ersten Klassen mehr aufgenommen werden. In einem Umsetzungsbeschluss wäre dies aber zu sehen und würde auch mit der Schulgemeinschaft besprochen werden.



- **Herr E. (Bürger)** bemängelt zwei Aspekte in Bezug auf die Verlagerung der katholischen Grundschule an den neuen Standort Blötter Weg. Zum einen fällt im äußersten Westen ein Schulstandort weg, und zum anderen entsteht dadurch eine direkte **Konkurrenz** zwischen der Liebergschule am Standort Frühlingsstraße und der Katharinenschule am Blötter Weg. Es ist sinnvoller nach Ansicht der Teilnehmenden, einen gewissen „**Sicherheitsabstand**“ zu erhalten, damit die Schulen langfristig stabiler bleiben. Das Konkurrenzpotenzial wird auch von anderen gesehen und führt zu weiteren Überlegungen be-

bezüglich der Schulstandorte:

- **Frau S. (Mutter eines Kindes an der Lierbergschule)** führt stellvertretend auf:
 - Ansiedlung des Berufskollegs im ehemaligen Standort der Hauptschule Speldorf.
 - Verlagerung der Katholischen Grundschule an den Standort Lierbergschule, da hier weniger Sanierungsbedarf herrscht als am Blötter Weg und ein Ausbau auf Dreizügigkeit eher gelingen kann (Bedarf von 4-6 zusätzlichen Räumen)
 - Durch die Sanierung der Turnhallen am Standort Lierbergschule entsteht fußläufiges Angebot für den Sport
 - Sichere Erreichbarkeit des Standortes Lierbergschule
 - Zahlreiche Neubauten sind in der Nachbarschaft der Lierbergschule entstanden (hoher Zuzug)
 - Kindergarten in erreichbarer Nähe der Lierbergschule

Darüber hinaus wird es von den Teilnehmenden positiv aufgefasst, dass Entscheidungen von vor fünf Jahren aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen neu aufgegriffen und diskutiert werden. Einige **Teilnehmer** fragen sich, wie konkret die vorgestellten Umsetzungsabsichten sind.

Antwort zur Verlagerung der Grundschulen:

Die Auflösung der Hauptschule hat neue Fakten geschaffen, die unter Umständen noch einmal bedacht werden müssen. Mit der Konzentration auf die Standorte Frühlingsstraße und Blötter Weg würde eine direkte Konkurrenz geschaffen werden. Aber es gibt die Möglichkeit, dass diese Frage nochmal neu überlegt wird und eine neue Lösung gefunden wird. Es scheint aber auch sinnvoll, die Standorte Frühlingsstraße und Blötter Weg zu erhalten. Dies muss in der Politik ebenso diskutiert werden wie die Frage, ob der Standort Lierbergschule erhalten bleiben kann. Die Argumente für den Erhalt des Standortes Lierbergschule sind in der bisherigen Diskussion sehr stark.

Bei den vorgelegten Ideen und Vorschlägen handelt es sich um schulorganisatorische Maßnahmen, um Planungssicherheit zu erlangen. Diese Planungen bieten dann für weitere Vorhaben Verlässlichkeit. In Bezug auf die Katharinenschule ist die Standortaufgabe zwar schon beschlossen worden, eine Verlagerung jedoch noch nicht möglich, da noch nicht klar ist, welcher Standort am besten und in welcher Zeit ausbaubar ist. Die konkrete Frage nach dem Schulgebäude wird nach dem Beschluss des Bildungsentwicklungsplans im Einzelfall geprüft und danach festgelegt.

- **Frau S. (Mutter)** bemängelt die offene Formulierung von „**gelenkten Schülerzahlen**“. So fragt sie sich, ob bei einer angestrebten Dreizügigkeit bei vier Grundschulstandorten im Teilraum Broich/Speldorf nach wie vor eine Schule zu viel bestehen bleibt, da der Bedarf für 2015/2016 in diesem Teilraum zwischen acht und neun Zügen liegt. Sie stellt die konkrete Frage an die Verwaltung, ob in diesem Zusammenhang bereits an eine bestimmte Schule gedacht werde, die dann nicht mehr da sein wird.

Antwort „Lenkung von Schülerzahlen“:

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, eine Aussage zu treffen, welche Schule in einigen Jahren nicht mehr da sein wird. Aktuell wird mit vier Standorten gerechnet und kalkuliert, um auf etwaige zukünftige Aufgaben eingehen zu können und sich Optionen offen zu halten. Die Aussage „**Lenkung von Schülerzahlen**“ darf in diesem Kontext nicht negativ aufgefasst werden. Seitens der Verwaltung wird damit beschrieben, was mit Schülerströmen bei einer Schulschließung passiert.



INVESTITIONSKOSTEN IM BILDUNGSENTWICKLUNGSPLAN

Herr **Vermeulen** erläutert auf mehrfache Nachfrage die Investitionszahlen, die im Entwurf des Bildungsentwicklungsplans aufgeführt sind. Bei der Investitionsberechnung werden die Anforderungen an einen Ausbau im ÖPP-Standard (Öffentlich-Private-Partnerschaft) als Grundlage genommen. Auf dieser Basis sind die aufgeführten Zahlen kalkuliert und berechnet. Die Investitionszahlen beschreiben immer, was insgesamt an Maßnahmen nötig ist, um den nötigen Standard zu erreichen. Alle Maßnahmen können und müssen nicht auf einmal umgesetzt werden.

Im nächsten Schritt – nach den Berechnungen – muss nun geschaut werden, was an welchem Standort und zu welchem Zeitpunkt nötig ist. Daraufhin ergibt sich ein konkreter Investitionszeitplan für die nächsten Jahre, anhand dessen Maßnahmen sukzessive umgesetzt werden. Damit eine Vergleichbarkeit herstellbar ist, muss für jeden Standort die nötige Investitionssumme aufgestellt werden, wie es im Entwurf des Bildungsentwicklungsplans gemacht wurde. Wenn in diesem Zusammenhang nicht von Anfang an klar definiert ist, in welche Standorte investiert werden soll, kann es sein, dass in Schulen investiert wird, die langfristig nicht gehalten werden können. Darum sind Entscheidungen für oder gegen Schulstandorte zum jetzigen Zeitpunkt so wichtig.

Herr Drosihn ergänzt die Aussage von Herrn **Vermeulen** damit, dass seit 2005 100 Millionen Euro in Mülheims Schullandschaft investiert worden sind. Die Summe für weitere Maßnahmen muss nun von der Politik beschlossen werden.

INKLUSION AN MÜLHEIMER SCHULEN

- Eine **Teilnehmerin** erkundigt sich nach den Kosten, die im Zusammenhang mit einem inklusionsgerechten Umbau bzw. Neubau entstehen. Darüber hinaus spricht auch sie sich für den Erhalt der Lierbergschule aus, da hier eine Inklusion schon heute möglich wäre, da behindertengerechte WCs und Eingänge vorhanden sind. Ein weiterer **Teilnehmer** bekräftigt dies, indem er die Frage äußert, wie immense Investitionskosten in den Nothaushalt der Stadt Mülheim passen. Darüber hinaus fragt sich eine **Lehrerin der Schule am Saarnberg**, ob die „Inklusionsschüler“ generell bei den Schülerzahlen mit einbezogen sind.

Antwort zum Thema Kosten (inklusionsgerechter) Umbau:

Bisher ist noch nicht ausgerechnet worden, welche Kosten bei einem entsprechenden Umbau anfallen würden. Dies wird aber noch durchgeführt.

In Bezug auf die Einbeziehung der „Inklusionsschüler“ in die Darstellungen der Schülerzahlen erläutert Herr Vermeulen, dass in den nächsten Jahren ein detaillierter Inklusionsplan erstellt werden muss. Das Land hat bislang vorgesehen, für die Übergangszeit mit Quoten zu rechnen. Die Aufstellung eines Inklusionsplans wird demnächst erfolgen. Die damit verbundene Aufgabe der Förderschulen ist eher für die nächsten 10 bis 20 Jahre angedacht.

STANDORT FRÜHLINGSSTRAßE/ EHEMALIGE HAUPTSCHULE SPELDORF

- **Herr B. (Bürger)** äußert seinen Unmut über die hohen Investitionen in die Sanierung der Hauptschule. Da nun dieses Gebäude auch gefüllt werden muss, wird zu wenig auf die Kinder geachtet, die nun in eine für sie neue Schule gehen müssen. Es entstehen lange Schulwege, für die neue Konzepte erarbeitet werden müssen. Darüber hinaus fragt er sich, ob auf die Entwicklung der umgebenden Quartiere geachtet wird. So könnte es passieren, dass in einem Quartier, wo aktuell hauptsächlich die Generation 50+ lebt, eine Schule geschlossen wird. Wenn nun nach und nach jüngere Bewohner wieder dorthin ziehen würden, müsste eine vorher geschlossene Schule wieder geöffnet werden. Darüber hinaus sei doch aktuell eher die Form dezentraler Schulen gefragt. Ein zentrales Schulzentrum wäre dementsprechend kontraproduktiv. Auch andere Eltern sehen die Entwicklung der Investitionen in Gebäude, die nun eventuell geschlossen werden könnten, sehr negativ.

Antwort zur Hauptschule Frühlingsstraße/ Schulgrößen:

Die Schülerzahlen, die jetzt im Raum stehen, gab es vorher schon. In NRW funktionieren die drei- bis vierzügigen Grundschulen mit 250-400 Schülerinnen und Schülern ohne Probleme als kleine Systeme. Die weiterführenden Schulen, die weiter weg liegen, haben immer noch stabile Schülerzahlen. Daran hängt auch die **Lehrerversorgung**, die vom Land zugewiesen werden und sich an den Schülerzahlen orientieren. Früher wurden an den heutigen Grundschulen doppelt so viele Kinder unterrichtet. Die Qualität der Schulen wird daher wahrscheinlich nicht eingeschränkt. Als Beispiel führt Herr Vermeulen die **Hölterschule** an, die trotz der großen Zügigkeit regelmäßig Anmeldeüberhänge aufweist. Es stellt sich vor allem auch die Frage, was mit kleinen Schulen passieren kann, wenn die Schülerzahlen noch weiter sinken. Diesen Zustand kann niemand mehr finanzieren.

In Bezug auf das **Gebäude an der Frühlingsstraße** wurde eine Sanierung der Fassade und der Fenster aus dem Konjunkturpaket II finanziert. Diese Sanierung sichert die nachhaltige Nutzung für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Das Gebäude besteht unabhängig von einer Schulform und wird weiter genutzt. Die Schließung der Hauptschule an diesem Standort war überraschend und konnte nicht vorhergesehen werden. Diese Entwicklung passierte vor allem, weil bislang strategische Entscheidungen über langfristige Zeiträume nicht erfolgt sind, sondern immer nur die aktuellen Anmeldezahlen als Messgröße genutzt wurden. Die jetzt angestoßene langfristige Planung soll derartige Szenarien verhindern.

- Der **ehemalige Lehrer Herr B.** äußert sich einleitend negativ darüber, dass im Laufe der letzten Jahre Gesamtschulen etliche finanzielle Zuschüsse erhalten haben und andere Schulen darüber hinaus vergessen wurden. Des Weiteren möchte er anregen, dass Islamunterricht



nicht zulasten anderer Fächer einen zu großen Umfang im Lehrplan erhält. Er möchte wissen, ob es sich dabei um freiwillige Vorgaben handelt oder dieses Fach verpflichtend ist/wird.

Antwort zum Thema Islamunterricht:

Die Stadt Mülheim an der Ruhr ist Schulträger und muss die Vorgaben des Landes NRW umsetzen. Dementsprechend gibt das Land vor, wie viel Unterricht geleistet werden muss. In wie weit islamischer Unterricht umgesetzt werden wird, hängt von den künftigen Entwicklungen ab. Zum jetzigen Zeitpunkt kann dazu keine Aussage getroffen werden und ist nicht Gegenstand der Bildungskonferenz.

ZUSAMMENFASSENDE ARGUMENTE AUS DEN TEILRÄUMEN BROICH / SPELDORF / SAARN

Thema	Argumente pro	Argumente contra	Sonstige Anmerkungen
Ansiedlung des Berufskollegs im Gebäude der HS Speldorf	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur Speldorf ▪ Standort HS gerade erst saniert ▪ Umbau wäre nicht nötig 		Idee soll geprüft werden
Erhalt der Grundschule am Standort Saarnberg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konstante Anmeldezahlen ▪ Gute Qualität der Schule ▪ Wenig Unterrichtsausfall ▪ Hohe Vielfalt 		
Erhalt des Standortes Lierbergschule	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schon heute barrierefrei ausgebaut ▪ Bei Schulwegschließung ergeben sich zu lange Schulwege zu den anderen Standorten → das stellt eine zu hohe Belastung für die Kinder dar ▪ 3-Zügiger Ausbau scheint finanziell realistischer als aufwendiger Ausbau Blötter Weg ▪ Erhaltung Sportangebot 		
Auflösung der Standorte Duisburger Straße und Kurfürstenstraße	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilweise sehr marode Bausubstanz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ OGS ausgebaut 	

D. Dritte Bildungskonferenz im Teilraum Heißen (9. Juni 2011)

Ort: Stadtteilbibliothek im Gymnasium Heißen, Kleiststraße 50

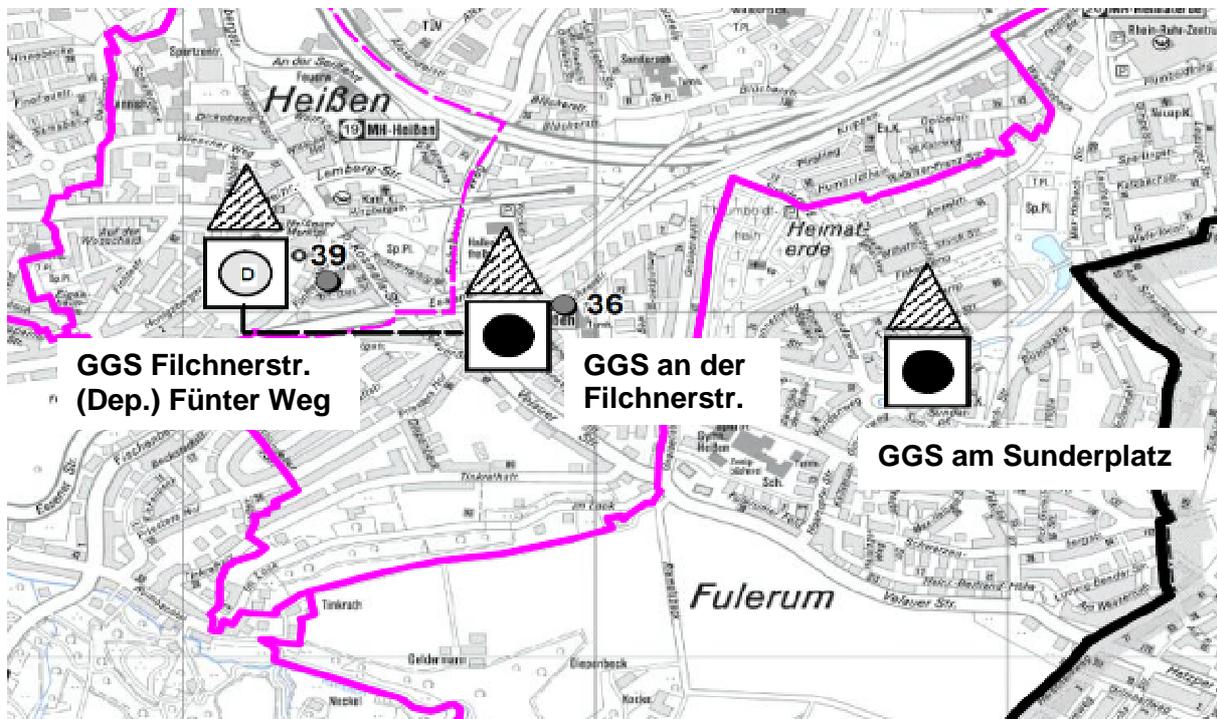
Zeitraumen: 19:00 – 20:45 Uhr



Insgesamt haben etwa **65 Personen** an der Bildungskonferenz teilgenommen. Unter den Teilnehmern waren:

- Vertreter zahlreicher Schulen des Teilraums Heißen (z.B. Gymnasium Heißen, Grundschulen)
- Elternvertretungen der Schulen
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Eltern
- Verwaltung: Amt für Kinder, Jugend und Schule, Bezirksbürgermeister Heißen, Immobilien-Service, Beigeordneter der Stadt Mülheim an der Ruhr

Der Teilraum **Heißen** wird von mehreren großen Straßen und Trassen zerschnitten. Vor allem die B1 gliedert den Teilraum in zwei Bereiche. Dies hat starke Auswirkungen auf die Schulwegsicherheit insbesondere für Grundschüler.



GRUNDSCHULEN IN DER STADTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

Der **Teilraum Heißen** hat momentan ein Angebot von insgesamt sechs Zügen. Der Bedarf für 2015/2016 ist mit rd. fünf Zügen errechnet worden. Keine der Grundschulen hat derzeit eine dreizügige Eingangsklasse. Für den Teilraum wurden im Bildungsentwicklungsplan daher folgende Optionen beschrieben:

GGs Filchnerstraße / Dependance Fünter Weg

- Variante 1:
 - Konzentration am Standort Filchnerstraße
 - Vorheriger Ausbau des Standortes Filchnerstraße zu einem dreizügigen System mit Ganzttag (diese Variante wurde vom Immobilienservice bereits im Jahr 2007 gerechnet)
- Variante 2:
 - Konzentration am Standort Fünter Weg
 - Niederlegung Fünter Weg und Neubau an gleicher Stelle (dreizügig), dann Aufgabe Standort Filchnerstraße

Die Dependance der Grundschule Filchnerstraße hat ein gravierendes Gebäudeproblem. Neben der Baufälligkeit wurden häufig auch Probleme mit Ungeziefer festgestellt.

GGG Sunderplatz

- Erhalt der Schule
- Möglichkeit 1
 - Verbleib im Gebäude Sunderplatz (maximal dreizügig ohne Ganztag)
- Möglichkeit 2
 - Verlagerung in das Gebäude der ehemaligen Hauptschule Kleiststraße (dreizügig mit Ganztag)

Langfristig sind zwei maximal dreizügige Systeme für den Teilraum Heißen ausreichend. Es stellt sich jedoch die Frage, welche Standorte dafür in Frage kommen. In Bezug auf die Standorte Fünter Weg und Filchnerstraße gibt es verschiedene Argumente, die für den einen oder anderen Standort sprechen. Die Gebäudesubstanz an der Filchnerstraße ist als besser zu bewerten. Entfällt jedoch der Standort Fünter Weg, befürchten viele der anwesenden Eltern Probleme bei der Schulwegsicherheit, da die Kinder auf ihrem Schulweg die A40/B1 queren müssten. Eine Verlagerung an den Standort der **Tersteegen-Schule** ist ebenfalls vorstellbar. Im Zuge der Inklusionsdebatte stellt sich hier jedoch die Frage, ob dieser Standort in Zukunft Bestand haben wird.

Die Verlagerung der Grundschule **Sunderplatz** in das Gebäude der ehemaligen Hauptschule im Schulzentrum Heißen ist 2007 schon einmal von der Verwaltung durchgerechnet worden. Diese Option steht ebenfalls noch zur Diskussion. Vielfach stellt man fest, dass die benötigte Infrastruktur grundsätzlich vorhanden ist. Leider sind viele Angebote dort, wo die Bedarfe nicht vorhanden sind, und umgekehrt.

- **Herr R. (Bürger)** möchte wissen, was die Folgen der Umbauphasen an den Grundschulen für die Aufnahme neuer Schülerinnen und Schüler bedeuten. Er befürchtet bereits eine eingeschränkte Kapazität ab Herbst dieses Jahres.

Antwort Bauphase:

Der Umbau der Grundschulen wird aller Voraussicht nach noch nicht in diesem Herbst beginnen. Die grundsätzlichen Entscheidungen werden zunächst Ende Juli vom Rat der Stadt beschlossen. Alle Einzelmaßnahmen benötigen im Anschluss daran eine gesonderte Betrachtung und gesonderte Beschlussfassungen. Erst danach werden die beschlossenen Maßnahmen wirksam. Dies wird wahrscheinlich im **August 2012** der Fall sein. Es gibt auch im Einzelfall die Überlegung, während des laufenden Betriebes einen separaten Neubau zu errichten, um die Kapazitäten der Grundschulen nicht einzuschränken.

Darüber hinaus sind in bestimmten Fällen auch Containerlösungen zu beachten, die Übergangsweise eine Beschulung während einer Bauphase ermöglichen. Die Stadt ist bemüht, so

wenige Einschränkungen wie möglich zu verursachen.

- **Frau R.** möchte als **Mutter** wissen, ob im Falle einer Schließung einer der beiden Standorte nördlich und südlich der A40 über den Einsatz von Schulbussen nachgedacht wurde.

Antwort Schulbusse:

Der Einsatz von Schulbussen ist grundsätzlich denkbar. Gerade während der Bauphasen könnten Bustransfers zwischen den Standorten günstiger sein als die vorgeschlagene Containerlösung, sofern notwendig.

- **Herr Ra. (Bürger)** möchte gerne wissen, ob Alternativstandorte, die mal in der Diskussion für die Verlagerung der Grundschulen standen, noch aktuell sind.

Antwort Alternativstandorte

Es sind keine weiteren Alternativen mehr vorgesehen. Der angedachte Sportplatz als Standort erwies sich als nicht geeignet, da dort eine Hauptgasleitung verläuft und nicht ohne weiteres verlegt werden kann. Andere Standorte im städtischen Besitz wurden als nicht geeignet angesehen. Das Grundstück an der Filchnerstraße ist im Grunde am besten geeignet, jedoch ist die Lage nicht optimal.

- **Frau K. (Schulleitung Sunderplatz)** betont, dass die Lage der Grundschule in einer Nebenstraße für Grundschüler optimal ist. Viele Eltern wählen aufgrund der geschützten Lage diesen Standort, was auch die steigenden Anmeldezahlen zeigen. Investitionen in diesen Standort erscheinen daher sinnvoll. **Herr F. (Lehrer am Gymnasium Heißen)** spricht sich ebenfalls für den Erhalt des jetzigen Standortes der Grundschule aus. Das Gymnasium nutzt nämlich den aufgegebenen Standort der Hauptschule, da im Gebäude des Gymnasiums nur ein Teil der Räume behindertengerecht erreichbar sind. Das Erdgeschoss der Hauptschule ist barrierefrei und kann daher temporär genutzt werden. Sollte die Grundschule dorthin verlagert werden, fiel diese Option der Auslagerung weg. Eine Mischung von Grundschulern und älteren Gymnasiasten ist von beiden Seiten nicht unbedingt gewünscht, wie mehrere Teilnehmer der Bildungskonferenz äußern.

Herr L. (Vater von Kindern an der GGS Sunderplatz) führt die Auswirkungen auf das kleine Zentrum in Heimerde als weiteren Grund für den Erhalt des Standortes an. Eine Standortverlagerung hätte weitreichende Folgen für die umliegenden Einrichtungen. Seiner Ansicht nach könnte ein Ausbau auf dem heutigen Grundstück erfolgen mit einem behindertengerechten Neubau als Ergänzung zum bestehenden Gebäude. Auch die architektonischen und

denkmalrelevanten Qualitäten des bestehenden Gebäudes sollten bei der Bewertung der Standortalternativen berücksichtigt werden. **Frau E. (Mutter von Kindern der GGS Sunderplatz)** unterstützt diese Aussage und verweist auf die lange Tradition und Geschichte des Grundschulstandortes in Heimaterde.

Antworten zum Standort Sunderplatz:

Das Votum für den Erhalt des jetzigen Standortes der Grundschule scheint sehr stark. Das Thema Inklusion ist bindend und muss auch in den nächsten Jahren verstärkt berücksichtigt werden. Insofern wird es darum gehen, den Raumbedarf anders abzudecken und Lösungen dafür zu finden. Auch die Auswirkungen auf den Sozialraum sowie die starken traditionellen Bindungen als Argument für den Erhalt einer Schule müssen hier im Falle des Sunderplatzes noch einmal bewertet werden.

- **Herr M.** fragt sich, warum nach den umfangreichen Investitionen, die man für die Kleiststraße als auch für den Sunderplatz ansetzen müsste, die Betriebskosten in den vorgelegten Berechnungen steigen. Zusätzlich wollen verschiedene Teilnehmer wissen, wie lange eine solche Umbauphase dauern könnte.

Antwort Investitionskosten und Bauzeiten:

Die Zahlen in den Berechnungen erscheinen auf den ersten Blick relativ hoch. Die Kosten sind nach einem Standard berechnet, der für alle Schulen angewendet und im Vorfeld innerhalb der Verwaltung abgestimmt wurde. Er richtet sich nach den Standards der Ausbauprojekte von **ÖPP-Schulen** (Öffentlich-Private-Partnerschaften). Diese definieren Standards sind jedoch so umfassend nicht immer nötig oder müssen nicht sofort umgesetzt werden.

Die erhöhten Betriebskosten resultieren zum Teil aus den veränderten Ansprüchen an das Gebäude, zum Beispiel wenn die Schule für drei Züge ausgebaut wird und sich dadurch auch Flächenbedarfe erhöhen. Zum anderen haben die neuen Gebäude bzw. die sanierten Gebäude einen höheren Gebäudewert, was eine erhöhte Abschreibung nach sich zieht. Für den Umbau der Hauptschule an der Kleiststraße entstehen hohe Kosten, da die Herstellung des Brandschutzes und der Austausch der Heizungsanlage aufwändig sind.

Ein Umbau oder Neubaumaßnahmen könnten zwischen anderthalb und zwei Jahre in Anspruch nehmen. Im Falle eines Neubaus am **Fünter Weg** zu einer dreizügigen Grundschule müssten einige Kinder in einer Zwischenlösung beschult werden. Sobald der Neubau fertig wäre, könnte der Standort **Filchnerstraße** sukzessive auslaufen. Erst danach könnte man ü-

ber eine Folgenutzung des Standortes nachdenken. Das bedeutet auch, dass Kinder, die in die erste Klasse kommen noch bis zur letzten Klasse beschult werden.

- **Frau K. (Schulleitung Sunderplatz)** kündigt an, zu den Plänen der Ganztagsbetreuung eine separate Stellungnahme einzureichen, da die Schulkonferenz die Variante des Verbleibs am Sunderplatz ohne OGS nicht akzeptieren kann.

Antwort OGS:

Die OGS-Betreuung wird in gleichem Umfang wie bisher stattfinden. Die Betreuungsbedarfe nehmen nicht ab, so dass die Angebote teilweise lediglich verlagert werden müssen. Es ist beabsichtigt, unterschiedliche Träger dieser Betreuung nicht an einem Standort zu konzentrieren. Die Stellungnahme der Grundschule am Sunderplatz wird begrüßt. Bislang gibt es noch keine konkreten Vorstellungen, wie der Ganztags am Sunderplatz sinnvoll durchgeführt werden kann. Die Verhältnisse erweisen sich momentan für eine OGS-Betreuung als zu ungünstig.

Darüber hinaus wird betont, dass die Betreuung von Kindern nicht nach der Grundschule enden darf. Auch in den weiterführenden Schulen entstehen neue Bedarfe, die aufgenommen werden müssen. Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat schon viel für den Ausbau solcher Angebote getan, da diese ein wichtiger Faktor für die Stadt sind.

- **Frau Z. (Mutter von Kindern am Fünter Weg)** bemängelt den Zustand des heutigen Gebäudes am Fünter Weg. Sie hatte die Schule ursprünglich wegen der Nähe zu ihrem Wohnort ausgesucht. Mittlerweile ist sie jedoch zunehmend unzufrieden, da sehr viele bautechnische Mängel aufgetreten sind, die zeitnah behoben werden müssten.
- **Frau S. (Lehrerin GGS Filchnerstraße)** favorisiert den Erhalt des Standortes Filchnerstraße, da hier die bessere Lage, das größere Gebäude und der angrenzende Sportplatz als wichtige Argumente angeführt werden können. Dagegen führt **Frau Sch. (Mutter von Kindern am Fünter Weg)** an, dass es einen Schulstandort auf der anderen Seite der Autobahn geben müsste. Außerdem liegen die Standorte Filchnerstraße und Sunderplatz zu nah beieinander. Darüber hinaus stellen sich viele jedoch die Frage, ob der Bedarf am Fünter Weg für drei Züge überhaupt gegeben ist. Es scheint für viele so, als wäre die heutige Verteilung der Schulstandorte Filchnerstraße und Fünter Weg in Bezug auf die Schülerzahlen zwei Drittel zu einem Drittel, was gegen eine Verlagerung auf den kleineren Standort sprechen würde. **Herr Sch.** ergänzt, dass die niedrigen Schülerzahlen am Fünter Weg auch durch schlechte Pressemeldungen zu-

stande gekommen sind. Seiner Ansicht nach gibt es genügend Kinder im Einzugsbereich dieser Schule.

Antwort zur Standortfrage:

Die aufgezählten Argumente sind stichhaltig. Jedoch wäre die Versorgung der Stadtquartiere nördlich der A40 bei einer Aufgabe des Standortes dort gefährdet. Es müsste noch geklärt werden, wie die Eltern auf der anderen Seite der B1/A40 dieses Problem bewerten. **Herr S. (Vater von Kindern am Fünter Weg)** versucht diese Perspektive zu beleuchten. Aufgrund des relativ gefährlichen Schulweges müsste eventuell ein Busshuttle für die Grundschul Kinder eingerichtet werden. Da es aber im Alltag oft unterschiedliche Schulschlusszeiten u.ä. gibt, müssten die Busse permanent bereit stehen. Dies erscheint ihm nicht wirklich sinnvoll. **Herr L. (Vater)** sieht auch die Verkehrssicherheit als eines der größten Herausforderungen, obwohl diese im Grunde schon recht hoch ist. Egal, welcher Standort gewählt würde, bleibt die oben genannte Problematik für beide Seiten bestehen.

Die komplexe Fragestellung und die unterschiedlichen Varianten zeigen sich hier deutlich. Die Optimallösung, d.h. der Ausbau des Sunderplatzes auf drei Züge, ein neues Gebäude für den Fünter Weg und die Vermarktung der Fläche an der Filchnerstraße, ist kaum möglich. Diese Problematik ist auch der Politik bereits bewusst. Schnelle Lösungen müssen zunächst einmal für den desolaten Zustand des Fünter Weg gefunden werden. Eine kurze Meinungsabfrage unter den Teilnehmern zeigt, dass keiner der Teilnehmenden für eine Verlagerung des Standortes Sunderplatz an die Kleiststraße ist.

Der Bedarf des **Fünter Wegs** für eine Dreizügigkeit wird als möglich eingeschätzt, da die beiden verbleibenden Grundschulen recht weit auseinanderliegen. Dies spräche für eine gute Gleichverteilung auf die beiden Standorte. Ob die momentane Verteilung der Schüler wirklich dem oben genannten Verhältnis entspricht, kann nicht geklärt werden. Im Moment gehen die Schülerzahlen am Fünter Weg zurück, weil das Gebäude aufgrund seines baulichen Zustandes sehr abschreckt. Für die Frage der sicheren Querung der Autobahn lässt sich momentan keine zufriedenstellende Lösung finden.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat für die verschiedenen Varianten auch die Schülerströme analysiert, die sich ergeben würden, falls einer der Standorte aufgegeben werden müsste. Dabei ist auch die Option Heinrichstraße als erreichbare Grundschule denkbar. Dass nicht alle Standorte in Heißen gehalten werden können, ist auch deutlich geworden, da die Schulen insgesamt immer kleiner werden und eine kritische Größe bereits zum Teil erreicht haben. Die Politik muss daher Entscheidungen treffen, welche die Schulen zukunftsfähig machen.

WEITERFÜHRENDE SCHULEN IN DER STADTTTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

Im Teilraum Heißen befindet sich noch das **Gymnasium Heißen** mit einer integrierten Stadtteilbibliothek. Die Gemeinschaftshauptschule Heißen wurde bereit geschlossen.

- **Frau K. (Schulleitung Gymnasium Heißen)** äußert sich zu den **Bedarfen des Gymnasiums** in Heißen, die bislang im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nicht berücksichtigt wurden. Dazu zählt ebenfalls eine freiwillige Ganztagsbetreuung, die schon jetzt stattfindet und eine immer größere Nachfrage erfährt. Daraus lassen sich ebenfalls zusätzliche Raumbedarfe für die Schule ableiten. **Herr F. (Lehrer am Gymnasium Heißen)** ergänzt, dass der zusätzliche Bedarf nicht nur durch den Ganzttag entsteht. Die vorhandenen Klassenräume sind zum Teil schon jetzt zu klein für die hohen Schülerzahlen. Auch die Oberstufe stößt bereits an ihre Kapazitätsgrenzen, da ein Ausweichen auf das ehemalige Hauptschulgebäude nicht möglich ist. Die Ausstattung der Schule lässt seiner Meinung nach ebenfalls zu wünschen übrig. Auch der doppelte Abiturjahrgang bringt keine Kompensation dieser Problematik.

Frau K. (Schulleitung Gymnasium Heißen) ergänzt die konkreten Bedarfe des Gymnasiums. Es fehlen vor allem **Aufenthaltsräume** für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, daneben können in den derzeitigen Räumlichkeiten kaum Gruppenarbeiten durchgeführt werden, da die einzelnen Klassenzimmer zu klein sind. Auch die Büros der Lehrerinnen und Lehrer sind zu eng für ein optimales Arbeiten oder für **Beratungsgespräche** mit Schülern. Um diese ganzen Bedarfe abdecken zu können, könnte das Gebäude der ehemaligen Hauptschule vollständig belegt werden.

Herr D. (stellv. Schulleitung Gymnasium Heißen) weist noch einmal darauf hin, dass im Sinne der Inklusion und in Bezug auf den Ganzttag die Raumbedarfe dringend ausgeweitet werden müssen.

Antwort Kapazitäten Gymnasium Heißen:

Das Problem ist in der Verwaltung bereits bekannt. Durch die verkürzten Abiturzeiten und der Ausweitung des Ganztags kommt es bereits jetzt schon zu Kapazitätsengpässen. Es ist klar, dass das Raumangebot kurzfristig ausgebaut werden muss. Auch das Thema Inklusion wird hier neuen Platzbedarf hervorrufen. Die Lösung wird Gespräche mit den betroffenen Schulen, der Verwaltung und möglichen Trägern erfordern, um angepasste Konzepte gemeinsam zu erarbeiten.

Innerhalb der Gespräche muss natürlich geprüft werden, warum das Gymnasium so viel mehr Raumbedarf hat als andere vergleichbare Schulen. Dies kann jedoch zunächst nur bilateral geklärt werden. Es geht auch nicht darum, lediglich ein Wunschkonzert umzusetzen oder auf Kosten anderer Schulen die eigenen Bedarfe auszubauen. Im Rahmen der ÖPP-Modelle sind in den anderen Gymnasien relativ hohe Investitionen vorgenommen worden, die in Heißen noch ausstehen. In Bezug auf das Thema Inklusion rechnet die Stadt damit, dass zusätzliche Gelder vom Land kommen werden, da der Bedarf allein von den Kommunen nicht finanziert werden kann. Eine entsprechende Stellungnahme der Schulleitung ist zu diesen Themen angekündigt worden.

- **Herr L.** würde gerne wissen, ob die Auflösung der Hauptschulen nicht eher dafür spricht, das Thema **Gemeinschaftsschule** noch einmal zu beleben und den Bedarf neu zu prüfen. Er sieht den Wegfall der Hauptschulen und der dann beginnenden Verteilung auf andere Schulformen kritisch.

Antwort Gemeinschaftsschule:

Da die Stadt nur der Schulträger ist, hat sie keinen Einfluss darauf, welche Schule Gemeinschaftsschule werden kann. Die Schulen müssen das für sich selbst entscheiden. Daher wird es im Moment auch keine weiteren Vorschläge für Gemeinschaftsschulen geben. Hinzu kommt, dass das Projekt „Gemeinschaftsschule“ von der Landesregierung bislang nur als Schulversuch angelegt wurde.



ZUSAMMENFASSENDE ARGUMENTE AUS DEM TEILRAUM HEIßEN

Thema	Argumente pro	Argumente contra	Sonstige Anmerkungen
Erhalt Grundschule Standort am Sunderplatz	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wichtige (soziale) Funktion für den Stadtteil ▪ Geschichtlicher Hintergrund (Heimaterde) ▪ Lage in Nebenstraße für Kinder optimal ▪ Architektonisch und denkmalrelevante Qualitäten der Gebäude ▪ Hohe Kosten für Umbau Standort Kleiststraße 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Freie Raumkapazitäten im Gebäude der ehemaligen GHS Kleiststraße 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ergänzung als Möglichkeit 3 im BEP: Verbleib im Gebäude Sunderplatz (max. dreizügig mit Ganztags) ▪ Kein Beteiligter spricht sich für eine Verlagerung an den Standort Kleiststraße aus
Ausbau Gymnasium Heißen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bedarfe nach Ganztagsbetreuung sind da, aber Raumkapazitäten fehlen ▪ Zu enge Büros für optimale Beratungsgespräche durch die Lehrerschaft ▪ Inklusion erfordert Ausbau der bisherigen Infrastruktur in der Schule ▪ In Heißen wurde noch nicht nach ÖPP-Standard investiert 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ist Raumbedarf wirklich höher als an anderen vergleichbaren Schulen? 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gespräche werden stattfinden
Erhalt Standort Fünter Weg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Standort nördlich der A40 ist sinnvoll 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zurückgehende Schülerzahlen ▪ Mangelnder Gebäudezustand ▪ Fehlende Schulsicherheitsmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Egal welcher Standort gewählt wird, die Problematik Verkehrssicherheit bleibt für beide Seiten bestehen
Erhalt Standort Filchnerstraße	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gute Lage ▪ Großes Gebäude ▪ Angrenzender Sportplatz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zu nah am Standort Sunderplatz gelegen ▪ Fehlende Schulsicherheitsmaßnahmen 	

E. Vierte Bildungskonferenz im Teilraum Dümpten (14. Juni 2011)

Ort: Mensa der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, Boverstraße 150

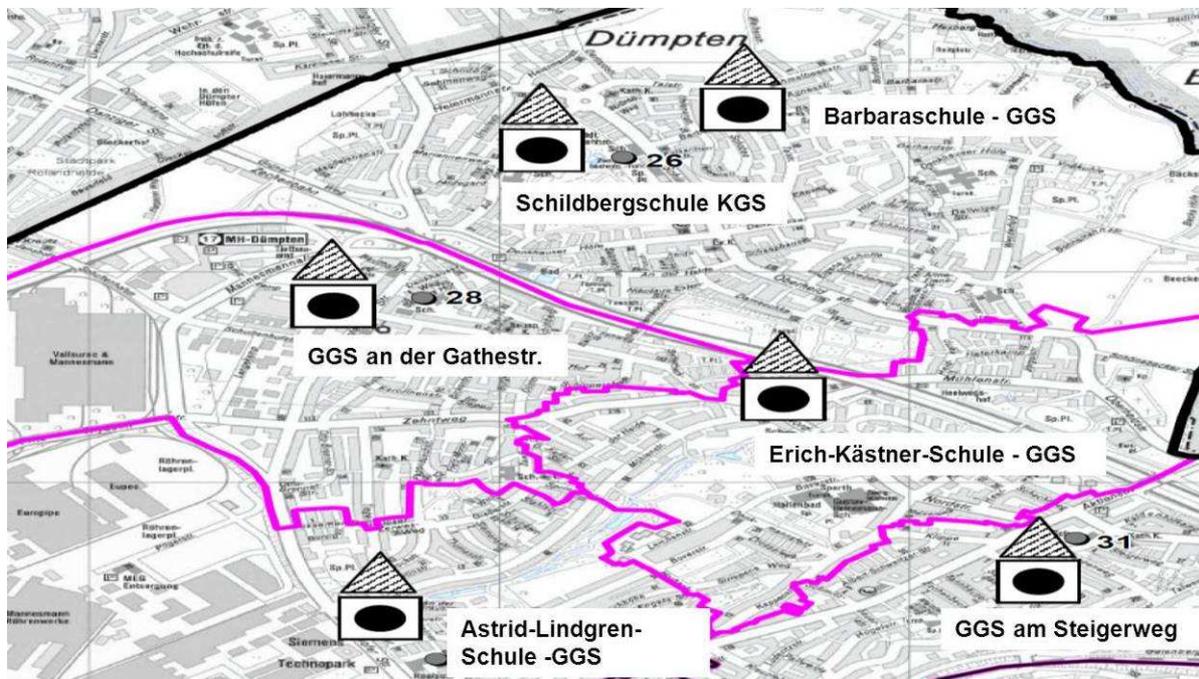
Zeitraumen: 19:00 – 21:30 Uhr



Insgesamt haben etwa **150-160 Personen** an der Bildungskonferenz teilgenommen. Unter den Teilnehmern waren:

- Vertreter zahlreicher Schulen des Teilraums Dümpten (z.B. Hauptschule am Hexbachtal, Grundschule Gathestraße)
- Elternvertretungen der Schulen
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Eltern und Schüler
- Verwaltung: Amt für Kinder, Jugend und Schule, ImmobilienService, Beigeordneter der Stadt Mülheim an der Ruhr

Der Teilraum **Dümpten** wird von der Autobahn A 40 diagonal zerschnitten. Dies erzeugt unterschiedliche Bedingungen auf beiden Seiten dieser Trasse. Der Stadtteil verfügt über sechs Grundschulen, eine Gesamt- und eine Hauptschule.



GRUNDSCHULEN IN DER STADTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

Die sechs Grundschulen im **Teilraum Dümpten** haben zusammen eine Kapazität von insgesamt 14,5 Zügen mit jeweils 24 Schülern. Allein die **Erich-Kästner-Grundschule** kann drei Züge aufweisen. Der errechnete Bedarf für die Schuljahre 2015/2016 liegt jedoch nur bei 11 Zügen. Es ergibt sich demnach ein Überbestand von 3,5 Zügen. Der Wegfall der Grundschule an der Gathestraße würde eine Reduktion auf 12,5 Zügen ergeben, was immer noch einen leichten Überbestand an Raumkapazitäten darstellt.

Im Einzelnen hat der Bildungsentwicklungsplan folgende Maßnahmen vorgesehen:

GGG Gathestraße

- Auflösung der Schule
- Aufgabe der Gebäude Sanders Hof und Gathestraße
- Ggf. Prüfung für Nachnutzungen
- Turnhalle soll aufgrund des gesamtstädtischen Turnhallenbedarfes erhalten werden (abzustimmen mit dem MSS)

Alle anderen Grundschulen werden wie bisher weitergeführt.

- Ein Teilnehmer spricht die prognostizierten Züge für 2015/16 an und die Zurückstufung auf elf Züge. Für ihn heißt dies, dass bei aufgezeigten 2,5 Zügen der **Schildbergschule**, der GGS

am **Steigerweg** und der **Astrid-Lindgren-Schule** die Kapazität von 24 Schülern überschritten wird mit einem Überhang von 12 Schülern. Verteilt man nun auf jede Klasse 18 Schüler, gelangt man dennoch wieder zu elf Zügen. Darüber hinaus fragt er, dass bei einer Schulschließung eine andere Verteilung der Schüler stattfinden muss und an einigen Standorten statt 2,5 Zügen 3 Züge vorkämen.

Antwort Prognosen

Der Ermittlung der Klassenkapazitäten liegt ein Infrastrukturkataster zugrunde. Darin werden Flächen, die in einer Schule vorhanden sind, in Raumerfassungstabellen zusammengezogen. Daraus ergibt sich schließlich die mögliche Anzahl an Klassen, die gebildet werden können. Aus dem Infrastrukturkataster ergibt sich, dass Kapazitäten für 14,5 Züge vorhanden sind. Multipliziert man diese Zahl mit der maximalen Klassengröße, die von der Verwaltung aber nicht gewollt ist, bekäme man eine noch höhere Überversorgung im Teilraum. Die Stadt Mülheim hat die Zahl der Schüler, die für die nächsten Jahre stabil ermittelt werden konnte, durch eine Klassengröße von 24 Schülern dividiert und so die Kapazität von elf Zügen erhalten.



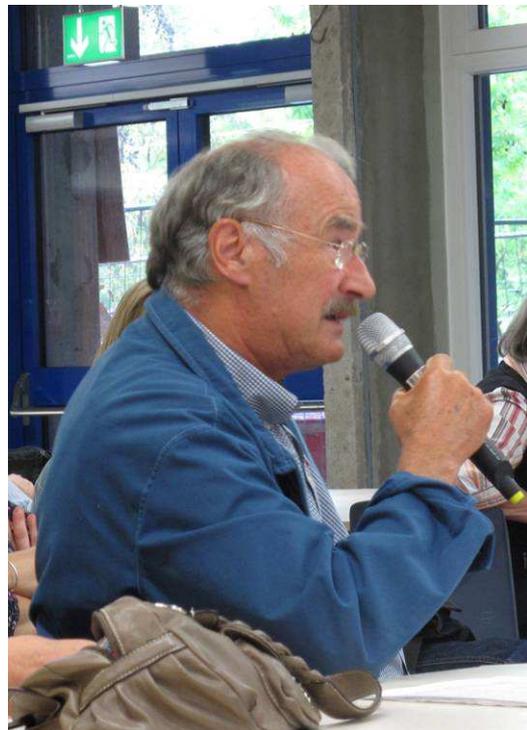
- Eine **Mutter aus Dümpten** spricht sich für den Erhalt der **Grundschule Gathestraße** aus. Sie spricht von einem tollen sozialen Netzwerk. Nach den Schließungen der evangelischen Kirche und dem Gemeindezentrum fragt sie sich, wie es für die Kinder im Stadtteil bei einer Schließung der Grundschule weitergehen soll. **Frau S. (Wir aus Mülheim)** befürwortet ebenfalls den Erhalt der Schule. Sie stellt das mitgebrachte Transparent vor, welches Kinder beim vergangenen Pfingstjugendtreffen erstellt hätten. Es zeige die Wünsche der Kinder und Eltern

für die Gathestraße. Sie bemängelt, dass bei Entscheidungen hauptsächlich Zahlen in den Entscheidungsblickwinkel fließen. Da die Kinder im Mittelpunkt stehen sollten, müssten ihrer Ansicht nach auch einzügige Klassen erhalten bleiben. Jede Schule sollte für ihren Erhalt kämpfen und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Einige **Schüler der Gathestraße** bekräftigen ebenfalls den Erhalt der Schule, die wie ein zweites Zuhause für sie sei. Eine **Mutter** äußert den Wunsch, möglichst schnell Kontaktdaten und einen Ansprechpartner vom Land / der Bezirksregierung zu erhalten, um noch einmal direkt mit jemandem zu sprechen, der Einfluss auf die Schließungsentscheidung nehmen kann.

Herr L., Vorsitzender des Bürgervereins

Dümpfen versteht, dass Entscheidungen getroffen werden müssen. Dennoch spricht er sich für den **Erhalt der Grundschule Gathestraße** aus bzw. plädiert dafür, eine elternverträgliche Lösung zu finden. Seiner Meinung nach liegt gerade in kleinen Schülerzahlen eine Chance. Er zählt die für ihn prägnanten Punkte auf, die für den Erhalt der Schule sprechen:

- Seit Jahren wird sie klein geredet, und dennoch behauptet sie sich
- Gerade erst mit neuen WCs und Fenstern ausgestattet
- Gut ausgestattete Küche
- Gut ausgestattete Turnhalle, die auch von Vereinen genutzt wird
- Altes, evtl. denkmalrelevantes Gebäude
- Sanierungsbedarf ist zwar vorhanden, aber durchführbar
- Verkehrsgünstige Lage
- Traditionsschule
- Gut in den umgebenden Teilraum eingebunden
- Vorhandene soziale Netzwerke
- Guter Ruf
- Gutes Arbeitsklima im Kollegium
- „Wohlfühlschule“ von Eltern und Kindern
- Kinder werden an weiterführenden Schulen gut und gerne aufgenommen



Da es auch sonst keine Sozialträger mehr in Dümpfen gibt, würde durch die Schließung ein

Raum entstehen, der im Hinblick auf soziale Kompetenzen unterentwickelt ist. Vielleicht ist es ja auch möglich, die Schule als Dependance beizubehalten.

- **Herr K. (Schulleiter der Grundschule Gathestraße)** äußert sich zunächst positiv darüber, dass sich so viele Eltern und Lehrer für den Erhalt seiner Schule einsetzen. Auch er führt einige Punkte auf, die ihm im Zusammenhang mit dem Thema „Schulschließung“ missfallen. Zunächst bemängelt er den großen Zeitdruck, unter dem das Verfahren steht. Darüber hinaus merkt er kritisch an, dass die Entscheidungen für die Grundschule Gathestraße nicht ergebnisoffen gestaltet werden. Im Unterschied zu allen weiteren Grundschulen im Bildungsentwicklungsplan, bei denen ebenfalls eine Schließung thematisiert wird, gibt es verschiedene Varianten. Dies ist bei der GGS Gathestraße nicht der Fall. Er fragt sich, warum eine kleine Schule geschlossen werden soll, um andere Problemschulen weiter zu stärken. Eine vernünftige Ausgangslage ist schon jetzt nicht mehr gegeben. Seit das Thema „Schließung Gathestraße“ bekannt ist, haben viele Eltern sich für eine andere Schule entschieden. So sind aufgrund der negativen Meldungen die Anmeldezahlen innerhalb weniger Tage von 34 auf 21 Schüler gesunken. Der Entwurf des Bildungsentwicklungsplans hat seiner Meinung nach schon zu einer Auflösung der Schule geführt. Letztendlich sind 22 Anmeldungen übriggeblieben. Eine Auflösung der Schule ist nicht mehr zu stoppen.



Antworten zur möglichen Schließung GGS Gathestraße:

Herr **Vermeulen** versteht die Bedenken der Rednerinnen und Redner. Jedoch muss man im Hinblick auf eine gesamtstädtische Entwicklung schauen, wo man Schulen auflöst. Jede Schule zu erhalten und um einen Zug zu verringern, ergibt keinen Sinn, da man dann zahlreiche einzügige Schulen erhalten würde. Das Thema „Schließung“ muss daher diskutiert werden.

Die Politik hatte sich bislang mit einer Entscheidung zurückgehalten, aber schon 2007 stand für den Standort Gathestraße eine mögliche Schließung im Raum.

Sieht man von einer möglichen Schließung der Gathestraße ab, muss man sich fragen, welcher Standort dann geschlossen wird. Wenn man weiterhin die Entscheidungen aufschiebt, bedeutet das, dass die Schulen immer instabiler werden. Herr **Vermeulen** betont noch einmal, dass im Hinblick auf Lehrerkapazitäten die Stadt Mülheim an der Ruhr keine Einflussmöglichkeiten hat. Dies fällt in den Aufgabenbereich des Landes. Die Stadt entscheidet über Schulkapazitäten und darüber, wo Investitionen getätigt werden können. Ein Durchfinanzieren aller vorhandenen Standorte liegt nicht mehr im Interesse der Stadtverwaltung.

Herr Vermeulen sichert zu, eine E-Mail mit den konkreten Ansprechpartner an den Schulleiter der GGS Gathestraße zu schicken, der diese dann an interessierte Eltern weiterleiten kann.

- Eine **Mutter der Gathestraße** hätte gerne eine Garantie, dass, wenn eine Anmeldezahl für 2011 gehalten werden kann und die Qualität und Ausstattung an der Schule gleichbleibend ist, ihr Kind die vier Grundschuljahre an diesem Standort vollenden kann. Wäre dies der Fall, würde sie ihr Kind doch wieder an der Gathestraße anmelden.

Antwort Erhalt Standort und Qualität:

Herr Vermeulen bestätigt, dass die Stadt einen Betrieb gewährleistet. Das Problem ist die personelle Frage. Personelle Besetzung und Betrieb der Schule ist Aufgabe des Landes. Darauf hat die Stadt keinen Einfluss. Eine hundertprozentige Garantie, dass die Beibehaltung des Status quo möglich ist, ist demnach nicht möglich und liegt nicht im Ermessen der Stadt.

Darüber hinaus ist der Faktor „Eltern“ nicht zu vernachlässigen. Die Erfahrung zeigt, dass viele Eltern nicht wünschen, dass die vierte Klasse ganz separiert an einer auslaufenden Schule weitergeführt wird. Hier kann der Wechsel einer kompletten Klasse an eine andere Schule sinnvoll sein. Die Entscheidung dazu wird jedoch von den Eltern und der Schule getroffen.

- Ein **Vater der Grundschule Gathestraße** erkundigt sich danach, inwiefern Stadtentwicklungspläne mit in Entscheidungen und Beurteilungen einbezogen werden.

Antwort Einbezug Stadtentwicklungspläne:

Stadtentwicklungspläne und Neubaugebiete werden in Planungen berücksichtigt. Durch ein Raumerfassungskataster ergibt sich die mögliche Kapazität, die in den Schulen geschaffen werden können.

- Ein weiterer **Teilnehmer** erkundigt sich nach einer möglichen **Kosteneinsparung** durch die Schließung Gathestraße. Vor diesem Hintergrund passt für ihn nicht zusammen, dass die Grundschule noch im letzten Jahr saniert worden ist.

Antwort Kosten / Sanierung Gathestraße:

Herr **Knospe** vom Immobilienservice erläutert, dass es sich bei den getätigten Sanierungsarbeiten um Maßnahmen gehandelt hat, die dringend notwendig waren und keine Grundsanierung darstellten. So sind die sanitären Anlagen saniert und Fenster ausgetauscht und mit ca. 250.000€ über das Konjunkturpaket II finanziert worden. Herr **Vermeulen** fügt ergänzend hinzu, dass die Stadt in alle Schulen gleich investiert, so lange keine politischen Beschlüsse vorliegen. Außerdem habe es bei den Anmeldeverfahren in den letzten Jahren oft den Kritikpunkt gegeben, dass die Anmeldezahlen aufgrund des schlechten baulichen Zustandes zurückgegangen seien. Auch um dem entgegenzuwirken, ist saniert worden.

- Eine **Mutter der Grundschule Gathestraße** erkundigt sich nach den **Bewertungskriterien**, die zu dem Entschluss geführt haben, die Grundschule zu schließen und fragt, ob man diese einsehen kann. Ergänzend dazu wüsste eine weitere Mutter gerne, welche konkreten Probleme berücksichtigt wurden und welche Aspekte es bei den anderen Schulen gibt, so dass diese nicht für eine Schließung in Frage kommen.

Antwort Bewertungskriterien:

Das Thema „**Bewertungskriterien**“ ist äußerst komplex. Aus Sicht der Gewichtung der Verwaltung ist es sinnvoll, den Standort Gathestraße herauszunehmen, da dadurch in der Folge die wenigsten Probleme entstehen. Dennoch nimmt die Verwaltung aus dieser Teilraumkonferenz mit, dass eine Schule an diesem Standort wichtig ist. Eventuell ist bei der Gewichtung das Umfeld nicht genügend beachtet worden. Aber egal wie eine Gewichtung vorgenommen wird, steht man dennoch vor dem Problem, dass eine Schule geschlossen werden muss. Herr Vermeulen bietet an, die genauen Bewertungskriterien an Interessierte weiterzuleiten.

- Eine **Mutter der Gathestraße** spricht das Thema **Schulwegplanung** an. Sollte die Grundschule Gathestraße geschlossen werden, müssten zu den verbleibenden Schulen schwierige Schulwege in Anspruch genommen werden. So müssten die Kinder z.B. fünf Haltestellen mit der

Straßenbahn fahren, Autokreuzungen überqueren oder eine starke Steigung überwinden. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich nach einer Kostenübernahme für ein Ticket.

Antwort Kostenübernahme Ticket:

Ob es einen Zuschuss für ein Ticket gibt, hängt von der Entfernung zur Schule ab. Die Mindestentfernung liegt bei 2 km.

Abschließend nennt der **Schulleiter der Gathestraße** noch einmal seine Wünsche / Bedingungen an Mindestanforderungen, die die bei einer Schließung seiner Schule beachtet werden sollten:

- Während der Zeit der Auflösung sollte die Schule ein Recht auf Ungleichbehandlung im positiven Sinne erfahren. Gemeint ist damit eine Bevorzugung.
- Konkret bedeutet das für ihn: Eine größere Lehrerschaft, mehr Räume, mehr Vertretungen, eine großzügigere Ausstattung
- Es möchte niemand, dass die noch verbleibenden Kinder „abgehängt“ werden.
- Er hat den Wunsch, dass die Lehrer, Eltern und Schüler bis zum Ende nicht abgeschrieben werden.



Antwort Ablauf Schulschließung:

Im Falle einer Schließung entwickelt die Schule gemeinsam mit der Bezirksregierung einen „Auflösungszeitplan“, der detailliert beinhaltet, wie die Auflösung stattfindet. Als Beispiel nennt Herr **Vermeulen** die Auflösung der Hauptschule in Speldorf. Dort ist einvernehmlich beschlossen worden, dass es kein Auslaufen bis zum letzten Schüler geben soll. Im Falle einer Grundschulschließung ist dies aber sicherlich anders zu verwenden. Er sichert zu, dass auslaufende Schulen nicht anders oder schlechter behandelt werden als andere Schulen. Eine Schule, die geschlossen wird, wird garantiert nicht vernachlässigt. Die Stadt wird die Schule im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

WEITERFÜHRENDE SCHULEN IN DER STADTTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

- **Herr B., Lehrer an der Hauptschule am Hexbachtal** erkundigt sich nach den Anmeldezahlen, Schülerzahlen und Wohnbereichen der Schüler der beiden Mülheimer Hauptschulen. **Frau N., Leiterin der Hauptschule am Hexbachtal**, berichtet, dass es an ihrer Schule 40 Anmeldungen gegeben hat, wovon vier integrative Kinder sind. **Frau K., Leiterin der Hauptschule Bruchstraße** berichtet, dass es insgesamt 35 Anmeldungen an ihrer Schule gegeben hat, die zum Großteil unmittelbar aus dem Bereich Stadtmitte kamen. Am Stichtag der Anmeldungen gab es jedoch zunächst nur 26 Anmeldungen. Integrative Schüler sind nicht vorhanden an der Bruchstraße.
- Eine **Teilnehmerin** fragt nach den Kriterien, nach denen entschieden wird, welche Hauptschule auf Platz eins landet und welche ggf. geschlossen werden muss. **Herr B. (Lehrer Hauptschule am Hexbachtal)** bedauert es, dass die Hauptschule in Dümpten möglicherweise die einzige Hauptschule in Mülheim sein wird. Er äußert sowohl den Wunsch nach einer gesamten Hauptschulperspektive wie auch nach gezielten Hilfen. Die Entscheidungen nur aufgrund der Anmeldezahlen sind für Schüler, Eltern und Lehrer nicht zufriedenstellend.

Antwort Schließungskriterien:

Herr **Vermeulen** erläutert, dass ein Kriterium darin bestand, festzustellen, welche Schule in den nächsten Jahren die kontinuierlichste Nachfrage haben wird. Das ist nach derzeitigen Erkenntnissen die Hauptschule in Dümpten. Zusätzlich sind an der Hauptschule Bruchstraße höhere bauliche Investitionen notwendig. Noch gibt es allerdings keine Sicherheit, dass



dies auch in den nächsten Jahren der Fall sein wird. Gemeinsam hätten die Schulen eventuell am Schulversuch „**Gemeinschaftsschulen**“ teilnehmen können, jedoch kämpft hier jede Schule momentan für sich alleine. Für beide vorgestellten Varianten gibt es nach wie vor gute Argumente (siehe auch Kapitel B). Letztendlich muss die Politik die Entscheidung treffen.

- **Frau H. (Mutter eines Kindes an der Hauptschule am Hexbachtal)** hätte gerne eine Information bezüglich der Klassengrößen an der Hauptschule Hexbachtal, falls die Hauptschule Bruchstraße geschlossen werden sollte. Sie hat sich aufgrund der kleineren Klassengrößen

bewusst für den Standort in Dümpten entschieden und hat nun die Sorge, dass sich dies ändern könnte.

Antwort Klassengrößen Hauptschule Hexbachtal:

Die bisherige gute pädagogische Arbeit soll fortgesetzt werden. Natürlich müssen dennoch Kapazitäten geprüft werden. Die Verwaltung geht aber davon aus, dass das, was bisher an beiden Schulen geleistet wurde, im Falle einer Schließung auch an einem Standort geleistet werden kann. Die **Klassenstärken** sollen davon unberührt bleiben.

- Ein weiterer **Teilnehmer** kritisiert, dass durch Mitteilungen in der Presse eine Schließung bevorzugt wird. Er nennt das konkrete Beispiel der Hauptschulschließung.

Antwort Einfluss Presseartikel:

Die Berichterstattung in der Presse hat keine Folgewirkungen für die Anmeldezahlen. Es gibt auch die anderen Fälle, dass aufgrund von Pressemitteilungen noch mehr Anmeldungen zu verzeichnen sind.

DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR BILDUNGSPOLITIK IN MÜLHEIM

- Ein **Vater von Kindern an der Gathestraße** äußert sich verärgert über den Ablauf und die Reihenfolge der Planungen und Information der Öffentlichkeit. Seitens der Stadt wurde eine behutsame Herangehensweise angekündigt. Aber schon in der Presse wurde eine Schließung des Standortes Gathestraße angekündigt. Auch hält er es für unglücklich, dass die geplanten Maßnahmen schon vor den Bildungskonferenzen im Internet nachzulesen gewesen seien. Ein Großteil des Lehrerkollegiums hat über die Presse erfahren, dass die Grundschule Gathestraße geschlossen werden soll.

Antwort Ablauf Information der Betroffenen:

Zeitgleich mit der Politik sind auch die Schulen über den Entwurf des Bildungsentwicklungsplans und die damit verbundenen Maßnahmen informiert worden. Es ist durchaus möglich, dass Informationen dadurch schneller bei der Presse als bei den Lehrern gelandet sind, das sei aber nicht zu vermeiden.

- Die Diskussionsrunde thematisiert die Zusammensetzung der Berechnung und Entwicklung der Schülerzahlen. Eine **Mutter von Kindern an der Gathestraße** spricht die präsentierten Schülerzahlen an und fragt, ob letztendlich ein Unterschied von vier Kindern den Ausschlag für eine Schulschließung geben können. Ergänzend dazu möchte sie wissen, warum bisher

eine Beibehaltung kleinerer Schulstandorte möglich war und dies jetzt nicht mehr möglich ist.

Antwort Entwicklung Schülerzahlen:

Dem bisherigen Rückgang der Schülerzahlen ist in den letzten Jahren nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Schon bei der Aufstellung des letzten Schulentwicklungsplans 2007 wurde festgestellt, dass man sich in Mülheim an der Ruhr zu viele Schulstandorte leistet. Es ist aber auch verständlich, dass man die Entscheidungen zur Schließung bestimmter Standorte lange Zeit aufgeschoben hat, da es für alle schwierig ist, derartige Entscheidungen treffen zu müssen. Gute Bildung braucht gute Voraussetzungen in qualitativ hochwertigen Schulgebäuden. Eine **Beibehaltung aller Schulstandorte** auf einem hohen Niveau ist finanziell nicht mehr tragbar.

THEMA INKLUSION AN MÜLHEIMER SCHULEN

- Ein **Vater** möchte wissen, was die Schließung von Förderschulen für die anderen Schulen bedeutet. Er fragt sich, ob Schulen, die schon heute ein integratives Konzept vorweisen, auch geschlossen würden. Darüber hinaus bedarf es für bisherige „normale“ Schulen Neu- bzw. Umbauten, um dem Inklusionsansatz gerecht zu werden.

Antwort Inklusion:

Natürlich sind die Anforderungen bei geistig behinderten Kindern andere, als bei körperlich behinderten. Vor diesem Hintergrund muss man sich fragen, an welchen Standorten welcher Aufwand nötig ist. Darüber hinaus bedarf es auch Antworten des Landes, wie eine (finanzielle) Unterstützung diesbezüglich aussieht. Insgesamt handelt es sich bei dem Thema „Inklusion“ um ein Projekt, das gerade erst beginnt und vermutlich erst in 10 bis 20 Jahren akut wird. Dennoch muss es bei dem jetzigen Bildungsentwicklungsplan mit berücksichtigt werden.

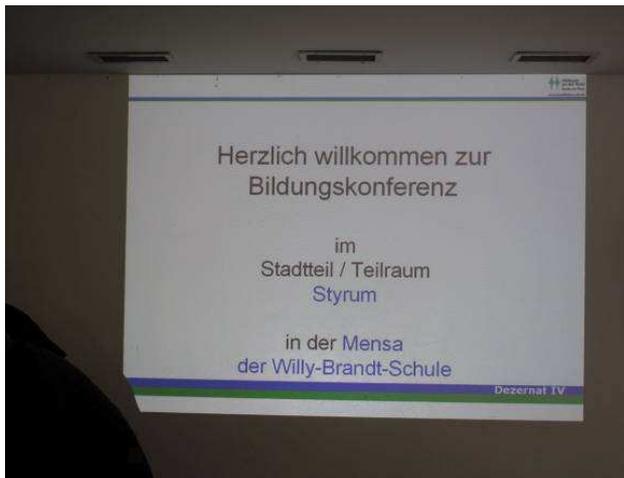
ZUSAMMENFASSENDE ARGUMENTE AUS DEM TEILRAUM DÜMPTEN

Thema	Argumente pro	Argumente contra	Sonstige Anmerkungen
Erhalt Grundschule Standort Gathestraße	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gutes soziales Netzwerk; wichtig für den Stadtteil ▪ Letzte verbliebene soziale Einrichtung ▪ Im letzten Jahr erst saniert ▪ Es entstehen zu lange/unsichere Schulwege ▪ Gutes Schulniveau mit wenigen Problemen ▪ Schaffung einer Ungleichverteilung von Schulen bei einer Schließung ▪ Gute bauliche Rahmenbedingungen mit 2 Schulhöfen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei Schließung der Gathestraße entstehen die wenigsten Folgeprobleme ▪ Schon 2007 stand eine mögliche Schließung im Raum ▪ Es fand keine Grundsanierung statt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zu schließende Schulen werden wie alle anderen Schulen auch behandelt und nicht benachteiligt
Erhalt von zwei Hauptschulstandorten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zu große Klassengrößen bei Zusammenlegung ▪ Verlust der bisherigen Qualität beider Standorte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klassengrößen bleiben bei Schließung einer Schule unberührt ▪ Bisherige Qualität bleibt erhalten 	

F. Fünfte Bildungskonferenz im Teilraum Styrum (16. Juni 2011)

Ort: Mensa der Willy-Brandt-Gesamtschule, Oberhausener Straße 208

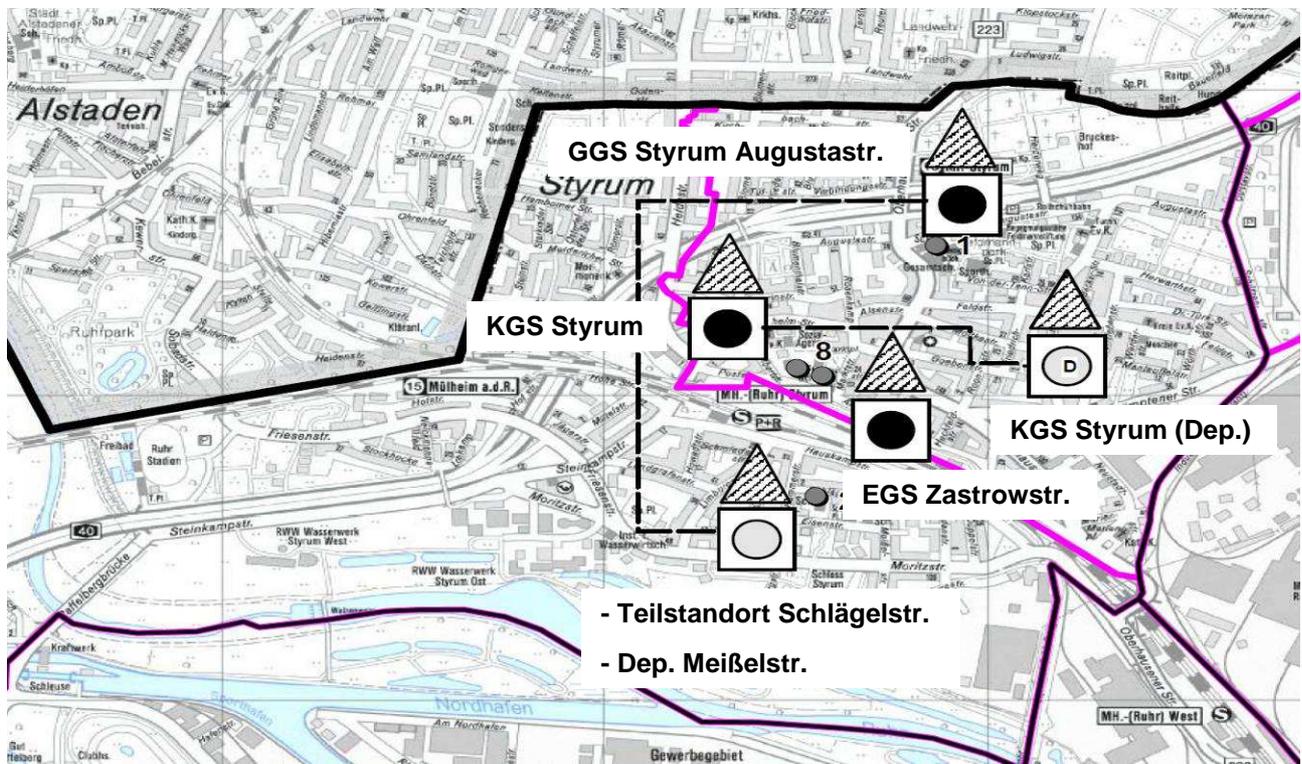
Zeitraumen: 19:00 – 21:15 Uhr



Insgesamt haben etwa **130 Personen** an der Bildungskonferenz teilgenommen. Unter den Teilnehmern waren:

- Mitglieder der Initiativegruppe Styrum
- Vertreter zahlreicher Schulen des Teilraums Styrum (z.B. Willy-Brandt-Schule; Katholische Grundschule Styrum)
- Elternvertretungen der Schulen
- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Eltern und Schüler
- Verwaltung: Amt für Kinder, Jugend und Schule, ImmobilienService, Beigeordneter der Stadt Mülheim an der Ruhr

Der **Teilraum Styrum** ist stark durch die Autobahn und durch diverse Bahntrassen zerschnitten. Schon seit 2007 wird in diesem Teilraum intensiv über die Reorganisation der Schullandschaft diskutiert. Im April 2011 konnte eine gemeinsame Zukunftswerkstatt II durchgeführt werden, in der die Eckpunkte dieser Aufgabe mit allen relevanten Akteuren der Schullandschaft abgestimmt wurden.



GRUNDSCHULEN IN DER STADTTTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

Im **Teilraum Styrum** gibt es drei Grundschulen. Zur **GGs Styrum** (Hauptstandort an der Augustastraße) gehört der Teilstandort Schlägelstraße einschließlich der unmittelbar angrenzenden Dependence Meißelstraße. Die Katholische Grundschule Styrum (Hauptstandort Zastrowstraße) verfügt über eine Dependence an der Fröbelstraße, während die EGS Zastrowstraße ihre Schülerinnen und Schüler in einem Schulgebäude beschult. Insgesamt haben die Grundschulen momentan eine Kapazität von 7,5 Zügen. Für das Jahr 2015/2016 wird jedoch nur ein Bedarf von rd. sechs Zügen bei 24 Schülerinnen und Schülern pro Klasse prognostiziert. Momentan stehen somit sechs Schulgebäude zur Verfügung, die aber keine sinnvolle Gebäudestruktur für den Teilraum darstellen, da alle Schulen zu klein sind. Keine der Grundschulen ist dreizügig. Darüber hinaus ist es vom Land per Gesetz als nicht mehr zulässig erklärt worden, dass eine Grundschule über zwei Dependancen verfügt. Das bedeutet, dass Standorte reduziert werden müssen. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt II wurden dabei die beiden Standorte Augustastraße und Zastrowstraße als zukunftsfähig favorisiert.

Im Einzelnen hat der Bildungsentwicklungsplan daher folgende Maßnahmen im Entwurf vorgesehen:

GGs Styrum

- Erhalt der Schule an der Augustastraße
- Mittelfristiger Ausbau zu einem dreizügigen Grundschulsystem
- Aufgabe des Standortes Meißelstraße (als Dependence)

- Aufgabe des Standortes Schlängelstraße (als Dependance)

EGS Zastrowstraße

- Erhalt der Schule
- Ausbau zu einem mindestens dreizügigen Grundschulsystem
- Nutzung der Räume der KGS an der Zastrowstraße nach entsprechendem Umbau und Sanierung

KGS Styrum

- Auflösung der Schule
 - Nutzung des Gebäudes Zastrowstraße für eine mindestens dreizügige „mehrkonfessionelle“ Grundschule
 - Aufgabe des Standortes Fröbelstraße
- **Eine Teilnehmerin** bemängelt, dass am **Standort Fröbelstraße** nicht mehr investiert würde. Außerdem kritisiert sie, dass die Kommunikation nicht gut funktioniert hätte, da Aussagen von vielen missverstanden wurden.

Antwort zur Fröbelstraße:

Die Fröbelstraße ist lediglich eine Dependance der katholischen Grundschule. Ein Ausbau der Schule auf eine Dreizügigkeit ist nicht möglich und beabsichtigt (ebenso wie bei den Dependancen Meißelstraße und Schlängelstraße). Daher werden hier auch keine weiteren größeren Investitionen mehr vorgenommen. Alle notwendigen Investitionen für den laufenden Betrieb des Gebäudes wurden von der Stadt vorgenommen.



- Eine **Mutter von zwei Kindern** an der Schlängelstraße sieht die Erreichbarkeit von Grundschulen für Kinder, die südlicher der Bahnlinie wohnen, problematisch. Die Barrieren im Stadtteil (Bahn / Autobahn) sind gefährlich für die Grundschul Kinder. Viele Teilnehmer bemängeln diese Problematik. Auch **Frau P. (Mutter)** sieht diese Problematik in Zukunft für ihre Kinder.

Antwort zur Erreichbarkeit von Grundschulen:

Es gab lange Diskussionen über den Standort südlich der Bahnlinie wegen des bekanntlich problematischen Schulweges. Letztendlich waren die Bewegungsprofile ausschlaggebend, die unter anderem gezeigt haben, dass auch heute schon viele Kinder, die südlich der Bahnlinie leben auf nördlich gelegene Schulen gehen (z.B. Zastrowstraße). Für das wichtige Anliegen der Schulwegsicherheit wird intern nach weiteren Lösungen gesucht.

- **Herr Sch. (Vater von Kindern an der KGS)** schlägt vor, in einer Übergangszeit noch **drei Standorte** zu erhalten mit jeweils zwei Zügen. Er befürchtet, dass bei einer sofortigen Reduzierung auf zwei Standorte die bisherige Bildungsvielfalt leiden könnte, da zwangsläufig auch Inhalte wegfallen würden. Die Variante mit drei Standorten könnte die notwendige Zeit geben, um auch inhaltlich eine Zusammenführung auf zwei Standorte zu verwirklichen.

Antwort zu Vorschlag Herr Sch.

Diese Ideen sollen aufgegriffen und in die Beschlussfassung für die Politik eingearbeitet werden, um im Anschluss daran im Detail noch einmal erörtert werden zu können.

ERHALT VON SCHULKONZEPTEN

- **Frau F. (Mutter von Kindern an der Meißelstraße)** fordert die Beibehaltung des **Montessori-Konzeptes** an der Schlängelstraße. Wenn die Dependance auslaufen sollte, kann das Konzept nicht aufrechterhalten werden. Viele Eltern sind aufgrund des Angebotes in den Stadtteil gezogen, einige würden ihrer Ansicht nach bei Aufgabe des Konzeptes auch wieder wegziehen. Daher fordern einige Teilnehmende der Bildungskonferenz, den Betrieb der Montessori-Klasse so lange aufrecht zu erhalten, bis ein kompletter Wechsel an einen neuen Standort möglich ist. Ein Auslaufen des Standorts ist schädlich für das Konzept der jahrgangsübergreifenden Klassen. Eine weitere **Mutter aus Oberhausen** ergänzt, dass auch für sie die jahrgangsübergreifenden Konzepte ausschlaggebend waren, um ihre Kinder in Mülheim an der Ruhr anzumelden. Die Frage nach den Konzepten nach der Reorganisation der Schulen steht auch hier erneut im Raum. Eine andere **Mutter** würde gerne wissen, welche Angebote und Lehrerstellen es bei der Schließung von drei Standorten in Zukunft geben wird, da dies eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Eltern ist.

Viele **Teilnehmer** betonen, dass es für sie keine Trennung zwischen Gebäude und den pädagogischen Konzepten gibt. Stellvertretend für viele Anwesende äußert **Herr B. (Vater von Kindern am Montessori-Zweig)** seinen Unmut darüber, dass auf der Veranstaltung diese wichtige Verknüpfung nicht gesehen wurde. Er hätte gerne die Entscheider für die Inhalte von Schule ebenfalls dabei gehabt, um beide Aspekte kombiniert besprechen zu können.



Antworten zu Schulkonzepten:

Die Stadt kann das Montessori-Konzept oder andere Konzepte weder anbieten noch weiterführen. Sie entscheidet auch nicht darüber, ob die bislang in den Standorten angebotenen Konzepte weiterhin angeboten werden können und wie der Wechsel genau stattfinden wird. Bislang gibt es jedoch noch keine konkreten Beschlüsse, so dass die vorgetragenen Konzepte am neuen Standort noch eingebunden werden könnten. Diese Entscheidung trifft jedoch die **Schulgemeinde** (Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam) am neuen Standort gemäß dem Schulgesetz NRW. Sollte die Dependence Meißelstraße und Schlägelstraße geschlossen werden, bedeutet dies, dass ab dem Schuljahr 2012/2013 keine neuen Kinder mehr aufgenommen werden können. Der Montessori-Zweig kann theoretisch komplett an den Standort Augustastraße überführt werden. Aber in welcher Weise und ob das möglich ist, entscheidet die Schulgemeinde an diesem Standort.

Die Lehrer, die momentan an den Standorten arbeiten, können an die neuen Standorte überführt werden. Grundsätzlich hat die Stadt hier jedoch keinen Einfluss drauf, da das Land die Zuweisung anhand von Schülerzahlen vornimmt. Die Schulaufsicht ist für die Lehrerzuweisung zuständig.

Die **pädagogischen Konzepte** müssen von den Schulen neu erarbeitet werden. Diese Konzepte müssen erst fertig sein, bevor neue Anmeldungen möglich sind. Die Auflösung einer bislang bestehenden Schule geht darüber hinaus sehr langsam vonstatten. Erst nächstes Jahr gäbe es einen Beschluss dazu, das hieße dann, dass im darauffolgenden Jahr keine erste Klasse mehr aufgenommen würde. Die bestehenden Klassen können jedoch bis zum vierten Schuljahr durchgehend beschult werden. Andere Schulen würden sich im Laufe des sehr langwierigen Prozesses auffüllen. Die Investitionen in die Infrastruktur würden nach bisherigen Vorschlägen an der Augustastraße und an der Zastrowstraße durchgeführt, um danach zwei Systeme mit stabiler Lehrerversorgung zu haben.

Insgesamt gibt Herr **Vermeulen** zu bedenken, dass an sechs kleinen Standorten keine sinnvollen Konzepte stabil umgesetzt werden können. Daher müssen die Diskussionen innerhalb der Schulgemeinden intensiviert werden. Die Schulleiter der drei verbleibenden Grundschulen sind nun dazu aufgerufen, diese Konzepte zu diskutieren und neu zu ordnen. Die Aufgabe der Stadt ist es, Gebäude bereitzustellen, in denen inhaltliche Konzepte umgesetzt werden können.

Herr E. (Rektor der Evangelischen Grundschule) bestätigt diese Aussage. Erst müssten die Konzepte ausgearbeitet werden, um z.B. heutige Barrieren, wie dem Verbot für katholische Lehrer an der EGS zu unterrichten, abzubauen. Die Schulleiter sind in diesem Punkt gefragt, um das gemeinsam auszuhandeln.

Herr H. (Rektor der Willy-Brandt-Schule) betont, dass Schulkonzepte sich ständig verändern. Damals wurde auch mit der Gesamtschule ein neues System für Styrum geschaffen. Herr H. erläutert kurz den Ablauf der bisherigen Zusammenarbeit der Schulen in Styrum. Seit vier Jahren gibt es bereits eine intensive Zusammenarbeit der Schulleiter, um die Bildungslandschaft in Styrum voranzubringen und die guten pädagogischen Konzepte im Kern zu erhalten. Dabei sind folgende Aspekte deutlich geworden:

- Zu viele Gebäude und zu kleine Schulen sind nicht sinnvoll für die pädagogischen Konzepte der Zukunft.
- Der Stadtteil steht hinter seinen Schulen, was sich in vielen Initiativen und Gesprächen gezeigt hat.
- Alle Schulen haben gute Konzepte entwickelt.
- Die Schulen lernen voneinander und können etwas entwickeln, das vielfältig und gut ist.
- Elemente der jetzigen Konzepte können erhalten bleiben, auch wenn sich Gesamtkonzepte verändern.

- Die Zusammenarbeit ist schon sehr weit gekommen, der letzte Schritt ist die Konkretisierung und Ausarbeitung der pädagogischen Konzepte.

Herr H. plädiert ebenfalls wie seine Vorredner für etwas mehr Zeit, um den letzten Schritt erfolgreich bewältigen zu können. Die drei Grundschulleiter/innen und der Leiter der Willy-Brandt-Schule zeigen hohe Bereitschaft und Einsatz, um diese Aufgabe zeitnah zu bearbeiten.

Herr **Vermeulen** unterstützt die Aussagen des Schulleiters und begrüßt die Initiative der Schulleitungen. Auf diese Weise kann das bislang eher schwebende Verfahren beendet werden und Klarheit für die Eltern geschaffen werden. Die bislang gute Zusammenarbeit der Pädagogen deutet auf einen erfolgreichen Abschluss in absehbarer Zeit hin.



- Ein **Teilnehmer der Bildungskonferenz** bemängelt, dass über zwei wesentliche Aspekte keine Aussagen getroffen wurden. Zum einen bezieht sich dies auf den Aspekt der **schulischen Qualität**. Viele Eltern entscheiden sich für einen Standort aufgrund der Schulkonzepte, die dort angeboten werden. Er persönlich hat sich im Zuge dieser Abwägungen für die katholische Grundschule entschieden. Darüber hinaus vermisst er den Aspekt „**Auswirkungen auf das Umfeld der Schule**“. Seiner Ansicht nach hat eine gute Schule mit einem guten Konzept auch positive Auswirkungen auf das direkte Umfeld.

Antwort zu Qualität der Konzepte und Umfeld:

Die **Qualität der Inhalte** an den Schulen ist zunächst keine Aufgabe des Schulträgers Stadt und entzieht sich darum auch ihres Einflusses. Vielmehr sind hier die Eltern gefragt, die ein Mitbestimmungsrecht haben und das Profil einer Schule schärfen oder verändern können. Alle Schulen in Styrum haben unterschiedliche Profile und Qualitäten; bei Aufgabe eines Standortes fühlen sich immer einige ungerecht behandelt, das lässt sich momentan nicht komplett vermeiden. Qualität ist etwas Subjektives, jedes Elternpaar entscheidet anders. In Styrum ist darüber hinaus die Erreichbarkeit von Standorten ein wichtiges Thema, daher gab es bislang sechs Kleinststandorte, die aber auf Dauer keine Überlebenschance haben. Des-

halb wurde sich im Vorfeld gemeinsam darauf geeinigt, dass es nur noch zwei Standorte geben kann. Nun muss gemeinsam entschieden werden, welche Standorte das sein können. An diesen zwei Standorten sind dann die Schulgemeinden (Eltern, Schüler und Lehrer) gefordert, neue Konzepte zu entwickeln oder bestehende unterschiedliche Konzepte zu verknüpfen. Hierzu zählt auch die gute Idee, eine multikonfessionelle Schule neu zu gestalten. Das Schulgesetz sieht so etwas noch nicht vor, darum gilt es hier, ein schlüssiges Konzept abzustimmen und dem Land vorzulegen.

ZUKUNFTSWERKSTATT II – TEILRAUM STYRUM

- Ein **Teilnehmer der Zukunftswerkstatt** möchte wissen, an welchen Stellen die Vorschläge aus der Zukunftswerkstatt aufgegriffen wurden. Als Ergebnis der Zukunftswerkstatt wurden zwei Schulversuche vorgeschlagen. Zum einen geht es dabei um die Verknüpfung der Grundschule Augustastraße mit der Willy-Brandt-Schule (Jahrgangsstufen 1 bis 10 sowie Oberstufe) und eine mehrkonfessionelle Grundschule und Schule mit Klassen 1 bis 10. Eine **Teilnehmerin** bemängelt, dass 2007 mit der Zukunftswerkstatt I begonnen wurde und dann erst wieder 2011 fortgesetzt werden konnte. Nun soll ein Beschluss bis Mitte Juli getroffen werden und das in einer heißen Phase in den Schulen vor den Sommerferien. Der Zeitplan ist plötzlich sehr kurz und lässt keine ausführlichen Diskussionen mehr zu. Das stößt bei vielen auf Unverständnis.

Herr H. (Vater) unterstreicht die Ausführungen seiner Vorrednerin und bekräftigt, dass man vier Jahre auf die Zukunftswerkstatt II gewartet hätte. Es ist nicht möglich für die Elternschaft, innerhalb von sechs Wochen neue Konzepte einzubringen. Für sehr viele Teilnehmer stellen die Gebäude und die Konzepte darin eine Einheit dar. Dies ist auch ein Konsens aus der Zukunftswerkstatt. **Herr O. (Vater von Kindern an der KGS)** bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die Zukunftswerkstatt ein richtiger Weg war, aber der Bildungsentwicklungsplan bislang nur von Kosteneinsparungen spricht, was ihm angesichts der hier stattfindenden Debatte zu kurz greift. Die Schließung eines Gebäudes bedeutet für ihn auch immer die Schließung eines Schulsystems.

Darüber hinaus ist der Styrumer Bildungsstandort besonders und bedarf daher einer gesonderten Unterstützung. Herr H. bittet in diesem Zusammenhang um einen Aufschub von bestimmten Entscheidungen, bis die Konzepte endgültig abgestimmt werden konnten und den Eltern Planungssicherheit gegeben werden kann. Als Vorschlag nennt er einen Zeitraum von einem Jahr.

Frau L. (Lehrerin an der Willy-Brandt-Schule)

regt noch einmal an, einen klaren Auftrag an die Schulgemeinden zu formulieren, um die neuen Ideen konkret auszuformulieren und die pädagogischen Ausrichtungen mit Räumen und Zügigkeiten in einem Konzept zu verbinden. Die Zukunftswerkstatt war zeitlich zu kurz, um diesen Auftrag bereits zu erfüllen. Daher muss die Diskussion nun außerhalb dieser Werkstatt weitergehen, um neue Konzepte anzustoßen, die eine Strahlkraft nach außen entwickeln können. Die Stadt Mülheim könnte hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

*Antwort auf Schulversuche/Zukunftswerkstatt:*

Diese Ideen der Zukunftswerkstatt wurden im Bildungsentwicklungsplan aufgegriffen und müssen nun schulrechtlich geprüft werden. Zum einen geht es darum, mit der Schulaufsicht zu prüfen, inwieweit eine mehrkonfessionelle Schule mit den Klassen 1 bis 10 genehmigungsfähig wäre und ob Auswirkungen auf andere weiterführende Schulen zu befürchten wären, da unter Umständen zusätzliche Kapazitäten geschaffen würden und es zu Konkurrenz mit anderen Schulsystemen kommen kann. Darüber hinaus muss die Schulgemeinde einen Antrag beim Land stellen, um diesen Modellversuch zu beginnen. Ziel ist es, die Vielfalt der Styruer Bildungslandschaft zu erhalten.

Wenn ein konkretes Ende in Sicht ist und Entscheidungen nicht einfach nur aufgeschoben werden, kann die Stadt einem Moratorium zustimmen, in dem den Schulgemeinden Zeit gegeben wird die inhaltlichen Konzepte weiter auszuarbeiten. Ein Einstiegsbeschluss sei aber auf jeden Fall notwendig. Der Handlungsdruck, zu entscheiden, welche Gebäude aufgegeben werden müssen, ist jetzt schon da. Eltern können und dürfen aus Sicht der Stadt nicht weiter im Ungewissen bleiben. Alle sechs bisherigen Gebäude werden nicht bestehen bleiben. Herr Vermeulen schlägt vor, die Investitionen und Umbauphasen, die notwendig werden, mit der Konzeptentwicklung für die so genannte Zukunftsschule eng zu verzahnen. Dazu ist ein jedoch entsprechender Beschluss notwendig. Herr Vermeulen bietet an, diesen Vorschlag in die Beschlussvorlage für den 21.07. aufzunehmen, damit die Politik darüber entscheiden kann. Dafür muss von der Schulgemeinde eine klare Perspektive formuliert werden, die in diese Vorlage aufgenommen werden kann. Im Grunde sind finanzielle Mittel für diese Zukunftskonzepte vorhanden, die Ausarbeitung dieses Konzeptes muss von der Schulgemeinde vorangetrieben werden.

ALLGEMEINE STELLUNGNAHMEN ZUM TEIL- RAUM STYRUM

- Einige Eltern bemängeln, dass die **schlechte Presse** im Vorfeld sowie die fehlende Planungssicherheit für die Eltern mittlerweile dafür verantwortlich sind, dass die Anmeldezahlen an einigen Grundschulen zurückgehen. Dadurch wird ihrer Ansicht nach dem Stadtteil geschadet.



- **Frau Schweizerhof (Initiative „Wir aus Mülheim“)** betont, dass sie generell gegen Schulschließungen sei, da man Kinder nicht wirtschaftlich betrachten dürfe. Darüber hinaus fragt sie sich, was mit den Hausmeistern und der Dienstleitungen der zu schließenden Schulen passiert. Ihrer Ansicht nach sind folgende Aspekte wichtig:
 - Kleine Klassen für ein besseres Lernen und Inklusion
 - Kurze Wege zu den Schulstandorten (vor allem, weil die eingeschulten Kinder immer jünger werden)
 - Erhalt auch von kleinen Standorten, Schule muss nahe am Menschen sein

Antwort zu generellen Aussagen der Reorganisation von Schulen:

In Bezug auf die Finanzierung von Schulen muss man verschiedene Ebenen auseinanderhalten. In Bezug auf die Lehrerfinanzierung und die Inhalte in Schulen kommen die Gelder vom Bund und vom Land. Die Stadt ist für die Finanzierung der Schulgebäude zuständig. Angesichts der angespannten Haushaltslage und einem Verlust von knapp 100 Mio. Euro müssen Einsparungen vorgesehen werden, auch wenn diese schmerzhaft sind. Durch die gemeinsame Arbeit im Stadtteil konnten jedoch zwei Standorte vorgeschlagen werden, die in Zukunft stärker sinnvoll gefördert werden.

- **Frau B. (Frauenverband Courage)** unterstützt die Eltern in ihrer Arbeit und hinterfragt die vorgestellten Schließungsabsichten. Ihrer Ansicht nach ist die Frage der Schulwegsicherheit nicht abschließend geklärt worden. Sie glaubt, dass Geld keine Rolle in diesem Zusammenhang spielen sollte und dass kurze Wege und kleine Klassen das Beste für die Grundschulen sind.

- **Frau M. (Mutter)** kritisiert, dass sie nun schon zum dritten Mal von Schulschließungen betroffen sei. Sie kann nicht nachvollziehen, wie diese Schließungen zustande kommen und drückt ihren Unmut darüber aus.
- Obwohl der Rückgang der Schülerzahlen in Styrum offensichtlich ist, kommt es im Laufe der Diskussionen immer wieder zu Vorwürfen, dass der Stadtteil von überproportionalen Schulschließungen betroffen ist.

Antwort zur Schließung von Standorten in Styrum:

Herr Vermeulen betont, dass schon lange deutlich war, dass es Veränderungen in der Bildungslandschaft in Styrum notwendig sind. Trotz des Veränderungsbedarfs hat man lange gewartet. Es sollten keine zufälligen Entscheidungen getroffen werden. An anderen Stellen wurde früher eingegriffen. Da das in Styrum nicht der Fall war, scheinen die Veränderungen jetzt überproportional zu sein, was sie aber nicht sind.

Die jetzt angestoßene langfristige Planung soll dazu beitragen, dass der „plötzliche Tod“ bei sinkenden Anmeldezahlen die Ausnahme für Schulen bleibt. Ziel ist es, dauerhaft dreizügige stabile Schulen zu etablieren. Zufällige Entscheidungen, die aufgrund zu geringer Anmeldezahlen entstehen könnten, werden auf diese Weise vermieden.

WEITERFÜHRENDE SCHULEN IN DER STADTTEILBETRACHTUNG – DISKUSSION

- **Ein Teilnehmer** merkt kritisch an, dass in **Speldorf die Hauptschule** zunächst renoviert und dann doch geschlossen wurde. Er fragt sich, wie so etwas passieren kann.

Antwort zu Investitionen in Speldorf:

Die Investitionen, die vorgenommen wurden, waren notwendig. Das Problem resultiert jedoch auch daraus, dass im Vorfeld keine verlässlichen Aussagen getroffen wurden, welche Standorte langfristig erhalten werden. Im letzten Bildungsentwicklungsplan wurden kaum Beschlüsse in diese Richtung gefasst, diesmal ist dies anders. Darüber hinaus wäre bei der Unterlassung von Investitionen ganz schnell der Vorwurf aufgetaucht, dass die Stadt nichts tue. Außerdem wurden damals andere Kriterien bewertet, die nun mit den neuen Anforderungen durch den demografischen Wandel überholt sind.

Ergänzend wird vom **Immobilienervice der Stadt Mülheim an der Ruhr** angemerkt, dass das Gebäude der Hauptschule ein großes Gebäude mit einem dazugehörigen Grundstück sei, das noch Entwicklungspotenziale besitzt. In diesem Gebäude können auch in Zukunft unterschiedliche Nutzungen aufgenommen werden (z.B. andere Schulen). Es ist wichtig, in Bezug auf die Gebäude langfristig zu denken, da die Gebäude auf 80 Jahre abgeschrieben werden.



Allein die Heizkosten der Schulen im gesamten Stadtgebiet kosten pro Jahr ca. 300.000 Euro. Momentan gibt es in Mülheim an der Ruhr jedoch mehr Schulraum als Kinder, das bedeutet, dass teilweise auch sehr traditionsreiche Schulen geschlossen werden müssen, um Schulraum zu reduzieren und die Gelder wieder in die Qualität der anderen Schulen investieren zu können. Häufig sind diese Entscheidungen stark von den Emotionen der Betroffenen geprägt.

In der Willy-Brandt-Schule werden momentan 15 Millionen Euro investiert, da der Standort langfristig aufrechterhalten werden kann.

AUSBLICK UND WEITERE ARBEITSSCHRITTE

Im Rahmen der Diskussionen werden die Probleme deutlich, die noch gelöst werden müssen. Vor allem die Frage der unterschiedlichen pädagogischen Konzepte mit Standortabhängigkeiten muss behandelt werden und in die Raumüberlegungen für die beiden verbleibenden Standorte einfließen. Hierzu gibt es schon viele Ideen und eine sehr weitreichende Vorarbeit, die durch ein mögliches Moratorium zu Ende gebracht werden kann. Dabei können auch Bauprozesse und Diskussionsprozesse synchronisiert werden, um am Ende schnell die neuen Standorte in Besitz zu nehmen. Zudem muss noch erarbeitet werden, wie die Übergänge gestaltet werden können. Dieser Diskussionsprozess ist eine Chance für den Teilraum Styrum.



ZUSAMMENFASSENDE ARGUMENTE AUS DEM TEILRAUM STYRUM

Thema	Argumente pro	Argumente contra	Sonstige Anmerkungen
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhalt der vorhandenen Bildungskonzepte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildungslandschaft in Styrum ist einmalig und vielfältig ▪ Wegzug von engagierten Eltern verhindern ▪ Styrum braucht mehr Unterstützung, da schwierige Bevölkerungsstruktur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ keine 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhalt ist auch an neuen Standorten möglich, Aufgabe der Schulgemeinden
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zeitpunkt der Beschlussfassung im Rahmen des Bildungsentwicklungsplan zu früh 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Inhaltliche Konzepte und Räume und Zügigkeit können nicht getrennt voneinander betrachtet werden, derzeit fehlen inhaltliche Konzepte ▪ Schließung von Standorten kann zum Wegfall von Konzepten führen (Beispiel Montessori: benötigt für Erhalt mehrere Jahrgänge am Standort für jahrgangsübergreifenden Unterricht) ▪ Es fehlen Konzepte zur Gestaltung der Übergänge 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einstiegbeschluss notwendig, um Eltern Unsicherheiten zu nehmen und Planungssicherheit zu geben ▪ Elemente der einzelnen Konzepte können auch an neuen Standorten zusammengeführt werden ▪ Auch nach Beschluss können Konzepte weiter ausgearbeitet werden 	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhalt aller Teilstandorte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kurze und sichere Wege ▪ Schule nah am Menschen ▪ Erhalt Vielfalt Schulkonzepte 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wirtschaftlichkeit ▪ Größere Zügigkeit bietet Chance für mehr Qualität (u.a. durch mehr Personal) 	



G. Ausblick und weiteres Vorgehen

Die Bildungskonferenzen haben gezeigt, dass das Thema Bildung in Mülheim an der Ruhr durchaus kontrovers diskutiert wurde. Ziel der Stadt Mülheim an der Ruhr ist es jedoch, in Zukunft **stabile Schulsysteme im Stadtgebiet zu etablieren**. Dazu gehört es leider auch, dass einige Standorte zusammengelegt oder gar aufgegeben werden müssen.

Die im Verlaufe der Konferenzen gesammelten Argumente fließen direkt in die politischen Beratungen ein. Auf Basis der Eindrücke, Argumente und Fakten werden die entsprechenden Beschlussvorlagen formuliert und der Politik vorgelegt. Die Beschlussfassung über den Bildungsentwicklungsplan erfolgt dann Mitte Juli.

Nach der Sommerpause wird es in die Detailausgestaltung der Beschlussfassung des Rates gehen. Das bedeutet, dass zu den einzelnen Maßnahmen noch einmal Detailbeschlüsse formuliert werden müssen und hierbei auch weitere Einzelheiten mit den betroffenen Schulen diskutiert werden müssen.

Auf diese Weise herrscht für die Eltern und Schulen vor der nächsten Anmeldephase Planungssicherheit. Die Schulen, die auslaufen sollen, können dann keine Anmeldungen mehr ab dem Schuljahr 2012/2013 annehmen.